

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bezahlung vierteljährlich 14,00 zl., monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,10 zl., monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl., Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Vertriebsfirma usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plauschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postcheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 129.

Bromberg, Donnerstag den 9. Juni 1932.

56. Jahrg.

Das polnisch-französische Bündnis.

Sikorski muß es erneut verteidigen.

Der politische General Wladyslaw Sikorski, von dem noch in frischer Erinnerung ist, daß er vor ein paar Jahren als Ministerpräsident in Posen die Entdeutschung des ehemals preußischen Teilstaates als wichtigen politischen Programmpunkt seiner Regierung bezeichnet hat, ist bekanntlich die Hoffnung der nationaldemokratischen Opposition und des "Lagers vom großen Polen". Nebenbei ist er der freudigste aller Minnesänger auf die französische Freundschaft. So gut das seiner trefflichen Figur ansteht, so abgeleert ist das Lied, so abgegriffen das Instrument. Was hat er jetzt zu Mariannes Preis und Ruhm zu tun? Hören wir, was Herr Sikorski im "Kurjer Warszawski" von sich gibt. Er schreibt dort u. a.:

"Das polnisch-französische Bündnis garantiert unter den heutigen Verhältnissen den Frieden in Mitteleuropa. In keiner Weise schafft es indessen die Grundlagen für eine Machtpolitik der verbündeten Staaten, deren Anwendung in der Vergangenheit vielfach zu kriegerischen Zusammenstößen geführt hat. Frankreich verfügt allerdings (!) bis zu diesem Zeitpunkt über die größte militärische Macht auf dem europäischen Kontinent. Wenn manindeen die Französische Republik anklagt, daß sie Angriffspläne habe, wofür angeblich ihre Landarmee, ihre Luftflotte und ihre Marine bestimmt sei, Landarmee, ihre Luftflotte und ihre Marine bestimmt seien, auch die größten Feinde des französischen Volkes nicht; denn sie kennen die jetzige Stimmung in Frankreich, und sie kennen auch das Gefühl Frankreichs für die Wirklichkeit, das radikal jedem Eroberungskriege ablehnend gegenübersteht".

"In demselben Maße — so heißt es in dem Artikel weiter — trifft dies auf Polen zu, das, obgleich seine Feinde mit einer Schwächung der polnischen Armee rechnen, immer noch über die bestorganisierten Kräfte in diesem Teil Europas verfügt. Das wiedererstandene Polen hat keine Eroberungsabsichten und kann sie auch nicht haben. Ein polnischer Imperialismus politischer oder ökonomischer Art existiert überhaupt nicht! Selbst die Oberfläche der nationalen Bewegung ist bei uns patriotisch, aber nicht nationalistisch! Ein tiefs-patriotisches Empfinden des polnischen Volkes hat seine Begründung nicht nur in seinem Charakter, sondern auch in seiner Geschichte. Dem polnischen Charakter fehlt nämlich jedes Empfinden eines blinden Hasses gegen andere. Da wir indessen anderthalb Jahrhunderte in drei Teile zerrissen waren, so müssen wir uns, nachdem wir die Freiheit wieder erlangt haben, darum sorgen, eine einheitliche Seele zu haben und sie nach außen zu zeigen."

"Und liegt dem Bündnis Frankreichs mit Polen tatsächlich eine so große Macht zugrunde, daß wir uns erfolgreich mit den Kräften und dem zahlenmäßigen Übergewicht der Bundesgenossen von Rapallo messen könnten? Wir wissen, daß dies nicht der Fall ist, und deshalb ist der Charakter des französisch-polnischen Bündnisses ein durchaus friedlicher. Und deshalb bemühen sich auch die beiden verbündeten Länder fortgesetzt in Genf um die Organisation wirklicher Sicherheitsgarantien auf dem internationalen Gebiet. Geheime internationale Verträge politisch-militärischen Charakters sind indessen nicht populär. Daraus erklärt sich auch das zeitweilige Auftreten einzelner französischer Politiker gegen die Frage der Erneuerung unseres Bündnisses mit Frankreich, die angeblich im Jahre 1932 akut werden soll. Ein solches Auftreten beruht auf einem Mißverständnis; denn der Vertrag vom 19. Februar 1921 enthält ebenso wie auch die zwei Tage später von Frankreich und Polen unterzeichnete Militär-Konvention keinen solchen Termin. Diese am 2. Juli 1923 im Völkerbunde registrierten Verträge sind in den folgenden Jahren in keiner Weise geändert worden. Ihre vollständige Geltung ist in dem Genfer Protokoll, das am 2. November 1924 in Paris unterzeichnet wurde, ausdrücklich formell aufrecht erhalten worden. Im Zusammenhang mit Locarno wurde das bisherige polnisch-französische Bündnis durch den Garantievertrag, der am 16. Oktober 1925 parafiiert wurde, vervollständigt. Dabei muß betont werden, daß die Verträge vom Jahre 1921 ein persönliches Werk Briand's sind, der damals Ministerpräsident und Leiter der französischen Auslandspolitik war. Er handelte in vollständiger Übereinstimmung mit der Pariser Deputiertenkammer, die damals eine entschiedene Mehrheit in dieser Beziehung besaß. Auch im Jahre 1924, das heißt also: nach dem Sieg des Linkskartells ist das Verhältnis Frankreichs zu Polen nicht grundsätzlich geändert worden. So hängen die beiden Zusatzverträge aus jener Zeit unmittelbar mit der Regierung Herriot und mit dem späteren Kabinett Painlevé zusammen."

"Das Hauptcharakteristikum des französischen Genius — so schließt General Sikorski mit entzückendem Humor seine Verteidigungsrede — ist Maßhalten und Vernunft. Die Auslandspolitik Frankreichs ist revolutionären Änderungen und gewaltfamen Sprüngen nicht geneigt. Ich bin auch der Ansicht, daß selbst der versessene französische Pazifist heute sieht und versteht, daß man Europa, wenn man es für die Zukunft sichern

will, vor einem neuen Brand bewahren muß. Gerade diesem Zweck dient das polnisch-französische Abkommen". *

Der Kernpunkt dieser Abhandlung ist zweifellos in der Feststellung zu suchen, daß dem polnisch-französischen Bündnis, so unpopulär es auch erscheinen mag, keine Gefahr droht. Mit seinen ausgezeichneten Pariser Beziehungen muß das der General Sikorski besser wissen als andere Leute, und deshalb ist seine Erklärung weritvoll zur Heilung einer gerade in dieser Beziehung hierzulande herrschenden Nervosität. So sehr man sich aber auch den Ton der Urteils gefallen lassen mag, so miserabel erscheint uns seine Begründung. Der Hinweis auf die Geschichte des polnisch-französischen Militärbündnisses mag allenfalls noch hingehen, — er genügt nur nicht ganz, weil auch in der Geschichte die Vergänglichkeit ewiges Gesetz und nichts so dauernd als der Wechsel zu sein pflegt. Das gerade die Auslandspolitik Frankreichs "revolutionären Änderungen" und "gewaltfamen Sprüngen" nicht geneigt sei, ist eine Behauptung, die sich historisch mitunter weniger leicht beweisen läßt als ihr Negativ. Man denke nur an das Schicksal, das den polnischen Legionen von der Nation der "großen Revolution" in San Domingo bereitet wurde, man erinnere sich des wechselseitigen Verlaufs der französisch-englischen, der französisch-russischen und schließlich auch der französisch-italienischen Beziehungen. Man wird dabei für den Wechsel der Temperaturen vielleicht eine Erklärung finden; aber man kann darüber die "Änderungen" und "Sprünge" an sich nicht hinwegdenken. Wir erlauben uns diese Bemerkung, ohne an der Beständigkeit der polnisch-französischen Freundschaft im gegenwärtigen Zeitschnitt zu zweifeln. Die Sorgenvollen im Lande zweifeln wohl auch — trotz gewisser französischer Pressestimmen — weniger an der Kontinuität der französischen Gesinnung, als an der Bereitwilligkeit

zur notwendigen materiellen Hilfe. Das Kapitel von der zweiten Rate der versprochenen Gödingen-Anleihe ist nicht erfreulich, und die eigenen französischen Etatsbeschwerden sind nicht dazu angetan, den westlichen Horizont aufzuheben.

Sehr interessiert hat uns die Behauptung des Generals Sikorski, daß es keinen "polnischen Imperialismus" gebe. Wer sich im polnischen Blätterwald umhört, vernimmt mitunter ein anderes Rauschen. Oder die andere These, daß die nationale Bewegung in Polen nicht nationalistisch sei und daß dem polnischen Charakter jedes Empfinden eines blinden Hasses gegen andere fernliege. Wir haben das schon oft gehört, aber wir erleben auch die "erfolgreiche" Entdeckungspolitik mitamt der Posen-Entdeutschungsrede des Herrn Sikorski und der Abwanderung von Hunderttausenden unserer Landsleute. Man soll seine Ansicht also nicht verallgemeinern, weshalb wir uns auch bemühen, jeder guten Nachbarschaft zu gedenken, die uns von einzelnen Polen bewiesen wird.

Ganz und gar nicht zwiespältig, sondern völlig unvorstellbar will uns Laien die Behauptung des Generals erscheinen, daß die Kräfte der "Bundesgenossen von Rapallo", von denen der eine abgerüstet ist, der andere seine Intelligenz abgebaut hat und im Fernen Osten stark bedroht erscheint, den stärksten Militärmächten Europas nicht nur gewachsen, sondern sogar überlegen sein sollen. Wir glauben das ebenso wenig, wie wir das "Maßhalten" und die "Vernunft" nicht gerade für das Hauptcharakteristikum des französischen Genius halten möchten. Dem Lande des Champagners steht das Maßhalten nicht immer zu Gebote, und als man in Paris der "Göttin Vernunft" einen Tempel baute, da errichtete man zuvor die Guillotine! Von späteren Erlebnissen, deren Zeitgenossen wir waren und sind, schweigen wir ganz; aber es wird uns schwer, sie völlig zu vergessen.

Herriot stellt sich der Kammer vor.

Vertrauensvotum 384 : 115

Die alte Melodie.

Paris, 7. Juni. (PAT) Heute tagte das französische Parlament. Die neu gebildete Regierung Herriot trat in dieser Sitzung mit ihrer Regierungserklärung hervor. Bereits um 14.45 Uhr waren alle Tribünen und Galerien überfüllt. Die Mitglieder der Regierung Herriot erschienen erst, als das Parlament vollständig versammelt war. Die Gründungsrede des Kammervorsitzenden Bonisson wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Als der Name Briand fiel, erhob sich ein Beifallssturm, der auf der Linken besonders stark war. Im Augenblick, als Herriot die Rednertribüne betrat, um die Regierungserklärung vorzubringen, empfingen ihn die Kommunisten mit dem Rufe: "Befrett die kommunistischen Abgeordneten aus den Gefängnissen!"

Nach Wiederherstellung der Ruhe konnte Ministerpräsident Herriot mit der

Verlesung der Regierungserklärung

beginnen. Die französische Regierung, so hebt die Erklärung hervor, werde im Bereich der Innenpolitik zur Verbesserung der Finanzverhältnisse streben. Es sei ein Programm großer Notstandsarbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit vorgesehen. Gleichzeitig soll eine Reorganisation der Verkehrsmittel und eine Umstellung des wirtschaftlichen Schutzes erfolgen. Die Regierung werde eine aktive Politik im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung betreiben und werde eine Neorganisierung der Sozialversicherungen vornehmen.

Auf die Außenpolitik übergehend bringt die Erklärung zum Ausdruck, daß sich die Regierung von der Notwendigkeit einer Sicherung des Friedens auf Grund der Gesamtorganisation Europas und der ganzen Welt leiten lassen werde und daß die Regierung nach einer politischen Entspannung zur wirtschaftlichen Verständigung und zur moralischen Abrüstung streben werde. Was die Reparationen anbelangt, so werde Frankreich es nicht zulassen, daß die Reparationen in Frage gestellt würden und daß alle Rechte, die nicht nur aus dem Friedensvertrage, sondern auch aus dem nachträglichen Abkommen herrühren, angegriffen werden. Die Regierung verteidige hier keine egoistischen Vorrechte (?), sondern allgemeine Interessen (?); sie sei jedoch bereit, über alle Vorschläge zu sprechen, die eine größere Stabilisierung der internationalen Beziehungen und der allgemeinen Fragen des Friedens nach sich ziehen würden. Frankreich werde in Übereinstimmung mit dem Völkerbunde nicht allein die eigene Sicherheit erstecken, sondern ebenso die Sicherheit aller großen und kleinen Völkern. Frankreichs Politik werde sich von den Grundsätzen leiten lassen, die es bereits 1924 aufgestellt habe, und die bis dahin die grundlegendsten Merkmale der französischen Politik waren. Die ganze Welt befindet sich in einem Chaos. (Sehr richtig! Und zwar deshalb, weil die von Herriot von neuem verkündeten

uralten französischen Grundätze seit Verfall des "Werktags der französischen Politik" waren! D. R.) Der Friede werde dann wiederkehren, wenn die Regierungen eine Verständigung suchen und genau so (?) wie die französische Regierung danach trachten werden, daß der Geist des Friedens herrsche, daß jeder Krieg als ein Verbrechen und eine Rechtslosigkeit hingestellt werde.

Gleichzeitig wurde die Regierungserklärung vom Justizminister Renoult im Senat vorgelesen.

Die Kammer ging nach den Erklärungen Herriots zur Debatte über. Es lagen einige Interpellationen in Sachen der allgemeinen Politik vor. U. a. ergriff Tardieu das Wort, der die politischen Tendenzen Frankreichs vom Jahre 1926 bis 1932 erörterte. Tardieu schloß seine Rede, indem er sich an Herriot persönlich mit folgenden Worten wandte: "Halten Sie sich an den Richtlinien, die ich zusammen mit Paul Boncour über Monate lang verteidigt habe. Wenn es so bleiben wird, dann werde ich mich ohne Rücksicht auf alle Angriffe an meine Freunde wenden, um Ihnen eine Unterstützung sicherzustellen."

Die Abstimmung über das Vertrauensvotum ergab eine große Stimmenmehrheit für die Regierung von 384 gegen 115 Stimmen bei 110 Stimmenthaltungen.

Ein Neger im französischen Kabinett.

Getrennt den "modernen" französischen Traditionen ist diesmal auch wieder ein Neger im Kabinett vorhanden. Es handelt sich um den Schwarzen Caudace, der Unterstaatssekretär im Kolonialministerium wurde.

Französische Besorgnis.

Offenherzigkeiten Painlevés zum Tribut-Problem

Berlin, 6. Juni. (PAT) Der französische Luftfahrtminister und Vorsitzende der nationalen Verteidigung, Painlevé, erzielte einem Vertreter des "Frankfurter Generalanzeigers" Auskunft über seine Stellungnahme zum Reparationsproblem. "Frankreich", so erklärte Painlevé, "habe das Recht, von Deutschland Reparationszahlungen zu fordern. Deutschland könnte jedoch im Augenblick nicht zahlen. Das weitere Bestehen dieser Ansprüche vergäste die gegenseitigen deutsch-französischen Beziehungen, weshalb eine Entfernung dieser Ansprüche notwendig wäre, um die Atmosphäre zwischen beiden Völkern zu klären. Wenn Frankreich ohne jede Vorbehalt ein für allemal auf die Zahlung verzichten wollte, dann würde Deutschland, das einen besseren technischen Apparat besitzt, nach seiner Befreiung von der Schuldenlast wahrscheinlich zu einem Konkurrenzkampf auf wirtschaftlichem Gebiete hervortreten. Das würde für seine augenblicklichen Gläubiger eine große Gefahr bedeuten. (Man sollte Painlevé für dieses offene Eingeständnis der wahren Gründe für die Reparationszahlungen in Berlin dankbar sein! D. R.)

Sollte es von Seiten der Gläubiger zu einem Verzicht auf die Reparationszahlungen kommen, dann — so fuhr Painlevé fort — wären Schuhmaßnahmen gegen derartige Wettbewerbsmöglichkeiten notwendig. Geht man von dem Standpunkt aus, daß der Stand der Verkehrsmittel eines Landes den besten Faktor seiner wirtschaftlichen Entwicklung darstelle, so müßte nach der Ansicht Painlevés eine Internationalisierung der deutschen Eisenbahnen und der Schifffahrt durchgeführt werden. Die deutschen Verkehrsmittel müßten in ein internationales System einbezogen werden, um geregelte Beziehungen im Bereich der Volkswirtschaft Deutschlands zu ermöglichen und gleichzeitig alle anderen schwächeren Wirtschaftseinheiten zu schützen. Als Beispiel führt Painlevé die Organisation der französischen Eisenbahnen an.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob ein bedingungsloser Verzicht Frankreichs auf die geschäftigen und ungeschäftigen Ratenzahlungen möglich sei, antwortete Painlevé im bejahenden Sinne, fügte jedoch zwei Voraussetzungen hinzu: 1. daß Amerika sich bereit erkläre, die Kriegsschulden zu streichen, 2. wenn ein internationales Verrechnungssystem geschaffen würde, wodurch die Gläubiger gegen die allzu starke wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands geschützt werden würden!

Mit anderen Worten: Im freien Wettbewerb fühlt sich Frankreich den Deutschen unterlegen. Deshalb will es weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands drosseln!

Herriot begibt sich nach Genf.

Paris, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Herriot begibt sich am Sonntag abend nach Genf. In seiner Begleitung werden sich die Mitglieder der französischen Delegation zur Abrüstungskonferenz u. a. Kriegsminister Paul Boncour befinden. Der Hauptzweck der Reise Herriots nach Genf besteht in der Anstrengung von Verbindungen mit den Außenministern einzelner Länder. Die Unterredungen werden sich in der Haupthalle auf das Thema der Arbeiten der am 16. Juni beginnenden Lausanner Konferenz und der Abrüstungskonferenz erstrecken.

Ein Präsidentschaftskandidat.

Al Smith für Schulden-Moratorium und Finanzierung von öffentlichen Arbeiten.

Paris, 6. Juni. (PAT) Der Führer der Demokratischen Partei und voraussichtlicher Kandidat für den Präsidentenposten in den Vereinigten Staaten Al Smith erklärte einem Vertreter des "Paris Soir", daß seine Partei mit dem Augenblick, da sie ans Ruder kommen werde, ein 20jähriges Moratorium für öffentliche Auslandschulden und eine Strei-

hung in Höhe von 25 Prozent für private Waren schulden, die das Ausland den Vereinigten Staaten zu zahlen habe, vornehmen werde. Er sei der Ansicht, daß es besser sei, diese Methode anzuwenden, als gegenseitig Zahlungsunmöglichkeit zu beteuern.

In der Prohibitionfrage trete Smith für eine reale Politik ein. Die Landwirtschaft verliere Millionen von Dollar, da sie ihr Getreide für die Alkoholherstellung nicht los werde. Die in diesen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter seien arbeitslos. Es handelt sich um Milliarden von Dollar, die in die Staatsklassen fließen könnten. Smith sieht zwei Wege zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der erste besteht in einer Zusammenarbeit aller Staaten in der internationalen Politik. Der zweite liegt in der Emission von Obligationen zur Finanzierung von öffentlichen Arbeiten. Dies hätte nach der Ansicht von Smith ein doppeltes Ergebnis: die Beschäftigung von Arbeitern und die Flüssigkeit von angehäuften Kapital.

Das neue Hoover-Programm bringt Dollar-Erhöhung.

Der Goldborongh-Bill wurde mit dem neuen Vier-Punkte-Programm Hoovers endgültig der Abschied gegeben. Das neue Programm soll eine Belebung und Gesundung der amerikanischen Wirtschaft nach vier Richtungen bringen:

1. soll die Finanztätigkeit ausgedehnt werden,
2. erhält die Reconstruction Finance Corporation eine Erhöhung um 1½ Milliarden Dollar, um sie in die Lage zu versetzen, Agrarprodukte zu beleihen und den Bundesstaaten Kredite zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu gewähren,

3. ist eine Hypothekenhilfe für private Hausbesitzer vorgesehen,

4. soll die Finance Corporation an den industriellen und finanziellen Zwölfer-Ausschuß angelehnt werden.

Das Mittel kann zu den amerikanischen Entwicklungen mit grundsätzlich noch nicht gewichen, obwohl ein kleiner Lichtschimmer vorhanden ist. So wird der Rücktritt des Generals Dawes von der Finance-Corporation als nicht besonders günstiges Omen bezeichnet.

Der Dollar hat trotzdem durch diese Entscheidungen eine Festigung erfahren. Die Dolarläufe von englischer Seite und durch die Pariser Filiale mögen das ihre beigetragen haben.

Washington, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Repräsentantenhaus hat Hoover eine Niederlage erlitten. Das Repräsentantenhaus hat nämlich die Vorlage Hoovers, das Kapital der Finanz-Rekonstruktions-Gesellschaft um 1,5 Millionen Dollar zu erhöhen, abgelehnt.

Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungsvertrages in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen worden.

Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung. Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Seiten und in jeder Lage tatsächlich gezeigt und dem deutschen Volke in aller Öffentlichkeit vorge stellt. Wir haben kein Triumfeld geschafft, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zersehenden Strömungen im Lande alle Kraft aufgeboten. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte, geistige Überwindung dessen, was an zersehenden Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit polizeilichen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichster Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verschärfung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Reichskanzler von Papen

wird am Sonntag über deutsche Innenpolitik sprechen.

Berlin, 8. Juni. (PAT) Die Reichsregierung hat für den kommenden Sonntag eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin einberufen. Reichskanzler von Papen wird auf dieser Konferenz eine Rede halten, in welcher er sich mit allen aktuellen Fragen der deutschen Innenpolitik auseinandersetzen wird.

Die Preußen-Krise.

Aus Berlin wird gemeldet:

Der Präsident des Preußischen Landtages, der Nationalsozialist Kerrl, hat den Altestenrat auf Freitag nachmittag einberufen. Der Altestenrat soll darüber entscheiden, ob nach dem Wunsch des Reichskanzlers der Landtag zur Vornahme der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten früher zusammengetreten soll. Präsident Kerrl hatte vorher Besprechungen mit Vertretern des Zentrums und der Deutschnationalen geführt.

In preußischen parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Preußische Regierung an die Einführung der Schlachtfeste und auch an eine geringfügige Kürzung der Beamtengehälter um 1 bis 2 Prozent denkt.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

„Ministerpräsident Dr. Braun hat in einem an den Staatsminister Dr. Hirschfeier gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, daß er aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub antreten müsse. Er hat Staatsminister Dr. Hirschfeier gebeten, die Präsidialgeschäfte des Ministeriums in seiner Vertretung zu führen.“

Durch diese amtliche Mitteilung wird bestätigt, daß der Urlaub des Ministerpräsidenten Braun nicht mit seinem endgültigen Ausscheiden aus dem Kabinett gleichbedeutend ist, sondern daß sich Braun die Rückkehr in das Kabinett vorbehält, wenn sein Gesundheitszustand dies erlaubt und bis dahin kein neues Kabinett aufgestanden sei sollte.

Breitscheid über die Wahlausichten.

Der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid gab einem Vertreter des konservativen Kopenhagener Blattes "Berlische Zeitung" ein Interview, in dem er unter anderem ausführte, nach seiner Auffassung stehe Deutschland vor dem gewaltigsten Wahlkampf, den es je erlebt. Wahrscheinlich würde die nationalsozialistische Partei noch Fortschritte machen und die sozialdemokratische Partei möglicherweise einen neuen kleinen Rückschlag erleben. Eine Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten mit den Kommunisten kommt nach Ansicht Dr. Breitscheids nicht in Frage.

Wie die "Volkskonservative Vereinigung" mitteilt, lehnt sie es ab, ihren Namen und ihre Organisation bei parlamentarischen Wahlen einzusehen.

Deutsches Reich.

Danmann wird gefeiert.

Die mit Fahnen und Girlanden reich geschmückte Stadt Endingen am Kaiserstuhl stand am Sonntag im Zeichen der öffentlichen Begrüßungsfeier für den aus sechzehnjähriger französischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Oskar Daubmann. Etwa 12—15 000 Menschen nahmen an der Feier teil, an der sich der Militärverein von Endingen, eine Abordnung des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 11, mit dem Daubmann ins Feld zog, viele Freunde und Bekannte und ehemalige Schulkameraden beteiligten. Daubmann war über den ihm zuteil gewordenen Empfang tief erschüttert.

Auf dem Marktplatz, wo sich die gewaltige, unübersehbare Menschenmenge angehäuft hatte, begrüßte den Heimgekehrten der Bürgermeister von Endingen, ferner die Vereinsabordnungen und ein Vertreter der Hilfsstelle ehemaliger Kriegsgefangener. Ein Vertreter des Breisgauer Kriegerbundes überreichte Daubmann einen Brief mit einer Spende. Da Oskar Daubmann nicht mehr länger in der Lage war, der Feier beizuhören, da er bis ins Innerste erschüttert war, mußte die Feier vorzeitig abgebrochen werden.

Legationsrat Käzenberger tritt eine Auslandsreise an.

Der bisherige Leiter des Inlandsreferats der Presseabteilung der Reichsregierung, vortragender Legationsrat Käzenberger, wird seinen Posten verlassen, um eine längere Informationsreise in das Ausland anzutreten. Legationsrat Käzenberger, der übrigens Mitglied der Zentrumspartei ist und früher als Kandidat für den Posten des deutschen Generalkonsuls in Katowice genannt wurde, wird im Auftrage des Auswärtigen Amtes Studien über die Presse- und andere Verhältnisse des Landes machen. Die Leitung des Inlandsreferates der Presseabteilung übernimmt der bisherige stellvertretende Leiter, Oberregierungsrat Dr. Heinde.

Aus anderen Ländern.

Der Mann, der Mussolini ermorden wollte ...

Rom, 7. Juni. (PAT) Der am 4. d. M. wegen eines Attentatsversuches auf Mussolini verhaftete Spardelotto wurde von der Untersuchungsbehörde einem eingehenden Verhör unterzogen.

Aus diesem Verhör ergibt sich, daß Spardelotto bereits seit längerer Zeit die Absicht hatte, ein Attentat nicht nur auf Mussolini, sondern auch auf den italienischen König und seine Gemahlin auszuführen. Der Plan sei in den antisemitischen Emigrantenkreisen in Belgien und Frankreich entstanden. Spardelotto habe von dieser Seite her einen gefälschten Schweizer Pas, Geld, Bomben und Waffen erhalten. Spardelotto ist in den ersten Juni-Tagen nach Italien gekommen und hat sich dort unter dem Namen Angelo Galvini zuerst nach Tivoli und sodann am 4. Juni nach Rom begeben. Er wurde am gleichen Tage in der Nähe der Piazza Venezia verhaftet.

Plötzlicher Tod eines italienischen Botschafters.

London, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der italienische Botschafter in London erlitt Dienstag nachmittag in seinem Arbeitszimmer einen Herzschwächeanfall und ist heute morgen gestorben.

Sieg der Schweiz im Haag.

Der ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat in der seit 1919 schwelenden Streitfrage zwischen Frankreich und der Schweiz über die Aufrechterhaltung der 1815 und 1816 geschaffenen und im Jahre 1923 durch einseitigen Akt der Französischen Regierung aufgehobenen Freizonen im Genfer Hinterlande von Ober savoyen und Gex seine endgültige Entscheidung gefasst. Das Gericht hat mit 6 gegen 5 Stimmen den Rechtsstandpunkt der Schweiz zum zweiten Male, und diesmal endgültig, bestätigt.

Kleine Rundschau.

300 Vermißte bei einem Schiffsunglück.

Bei der Ostküste Kamtschatkas ist ein japanischer Dampfer im Nebel auf Grund gelaufen. Die Funkanlage des Schiffes meldete, daß die Besatzung den Dampfer verlassen werde. Da man seither keine Nachricht mehr erhalten hat, ist man über das Schicksal von 300 Fischern und 40 Mann Besatzung, die sich auf dem Dampfer befanden, sehr besorgt.

Erdbeben bei Lissabon.

Lissabon, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die etwa 100 Kilometer von Lissabon entfernte Stadt Benavente wurde am Dienstag von einer Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Die näheren Einzelheiten über die Ausmaße des Erdbebens stehen noch aus.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 8. Juni.

Menig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Achtung, Achtung, Fliegerangriff!

Vom Magistrat der Stadt Bromberg werden wir um Veröffentlichung folgender Bekanntmachung gebeten:

Aus Anlaß der IX. Luftverteidigungswache findet am Sonnabend, dem 11. 6. d. J., auf dem Gebiet der Stadt Bromberg ein Flug- und Gasangriff statt. Das Signal für den Beginn des Gasangriffs ist ein kurzer und ein langer Sirenenpfeif, zehnmal wiederholt und nach kurzer Pause abermals dreimal wiederholt. Diese Signale bedeuten, daß feindliche Flieger sich nähern, daß Gefahr im Anzuge ist und daß ein Bombardement und ein Gasangriff erwartet werden müssen. Das Publikum wird gebeten, folgende Vorschriften zu beachten:

1. Es ist die größte Ruhe zu bewahren, da Unordnung und Panik den Behörden die Durchführung der zur Schau geführten Gegenaktion erschwert wird;
2. auf den Straßen hat sämtlicher Verkehr zu ruhen, Wagen, Autos und Droschen sind nach Möglichkeit in Höfen unterzubringen oder unter Bäumen aufzustellen, so daß die Wagen der Rettungswache, der Feuerwehr und der Sanitäts-Abteilungen freie Bahn haben;
3. Abends oder in der Nacht müssen alle Fenster so verhangt werden, daß kein Licht auf die Straße dringen kann, alle Laternen und Lampen der Straßenbahn, Autobusse und Autos müssen verhangt bzw. ganz gelöscht werden; schließlich müssen alle Industrie-Unternehmen, die mit Nachtschichten arbeiten, vollständig abgedunkelt werden. Für das Löschern des Lichtes innerhalb der Häuser sind die Haushalter bzw. Wohnungsinhaber verantwortlich. Außerdem wird das Elektrizitätswerk bzw. die Gasanstalt die Zufuhr von Strom bzw. Gas sperren;
4. müssen alle Haustüren geöffnet werden, wofür die Haushalter verantwortlich sind;
5. müssen alle Straßen und Plätze von der Bevölkerung geräumt werden und die Personen müssen in den Haustüren Schutz suchen;
6. der Aufenthalt auf Straßen, Plätzen, Dächern und Balkons ist verboten;
7. Verleute bzw. Gasvergiftete müssen in die Rettungswache bei der Feuerwehr, Rinkauerstraße, geschafft werden;
8. Brände sind bei der Feuerwehr, Tel. 815, 816, zu melden;
9. alle Anordnungen der Behörden müssen genau beachtet werden.

Ein langer und zwei kurze Sirenenläufe bestunden, daß der Angriff beendet ist. Als Verhaltungsmaßregeln werden empfohlen:

1. Die Räumlichkeiten, in denen man Schutz gesucht hat, sind nicht zu verlassen, bevor die Säuberungspatrullen die Straßen und Plätze durchschritten haben;
2. nach Erscheinen der Säuberungspatrullen wird der Straßenverkehr wieder hergestellt;
3. die Ansammlung an Plätzen, an denen Bomben gefallen sind, bzw. das Berühren oder Auftauchen von Splittern ist verboten.

S Polens Straßenbahnen. In Polen bestehen folgende Städte elektrische Straßenbahnen: Warschau, Lodz, Posen, Bromberg, Inowroclaw, Kattowitz, Krakau, Lemberg, Tarnow und Briesen.

S Ein Kommissar für die jüdische Gemeinde. Infolge Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Zeit in der jüdischen Gemeinde entstanden waren, hat der Posener Wojewode den Stadtsekretär Fr. Dukat zum Kommissar der Gemeinde bestimmt.

S Die Arbeitslosigkeit in Polen. Nach statistischen Angaben betrug die Zahl der Arbeitslosen am 4. Juni d. J. 279 138, der Rückgang im Vergleich zur Vorwoche beträgt demnach 9499.

S Die Selbstmorde in Polen. In der Stadt Warschau sind vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1931 21 000 Selbstmorde verübt worden. Davon entfallen auf die Zeit bis 1914, also auf die ersten 14 Jahre, 4000 Selbstmorde, auf die Zeit von 1914 bis 1931 17 000. Seit Beginn des Weltkrieges ist also ein geradezu ungeheures Steigen der Selbstmordepidemie in der polnischen Hauptstadt festzustellen. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, gerade in den letzten Jahren zeigt sie im ganzen Lande eine fortwährende Steigerung der Tendenz. In den 8 Jahren von 1923 bis 1930 einschließlich ist auf dem ganzen polnischen Staatsgebiet die Zahl der Selbstmorde auf 10 000 Einwohner von 1,15 auf 1,34 jährlich, das heißt also um 16,5 Prozent gestiegen. Am stärksten ist die Zunahme der Selbstmorde in dieser Zeit in den Zentralwojewodschaften, also in Mittelpolen, und zwar von 1,55 auf je 10 000 Einwohner auf 2, das ist um 29 Prozent. Galizien zeigt in derselben Zeit eine Zunahme der Selbstmorde um 18,7 Prozent, das ehemals preußische Teilgebiet eine solche um 13,1 Prozent. Wo die Armut schon immer groß war und heute am größten ist, das heißt in den Ostwojewodschaften, werden Selbstmorde merkwürdigweise immer seltener. Im Jahre 1923 entfielen auf 10 000 Einwohner in den Ostwojewodschaften 1,23 Selbstmorde, während es 1930 nur 0,95, also 22,8 Prozent weniger waren. Je größer die Städte, um so größer ist die Zahl der Selbstmorde, und die höchste Zahl weist Warschau mit 2,9 auf 10 000 Einwohner auf. Es folgt Krakau mit 2,2, Lemberg mit 2,1 und die niedrigste Zahl von allen polnischen Städten weist Czestochau mit 0,4 auf. Während die Bevölkerung Warschaus nur 8,7 Prozent der Gesamtbevölkerung der Zentralwojewodschaften ausmacht, entfallen auf Warschau doch 30 Prozent aller Selbstmorde in diesen Gebieten.

S Nicht ohne Rücksicht fahren! An einem der letzten Abende fuhr der Fleischergeselle Josef Bulinski, Promenadenstraße 3, mit unbelichtetem Fahrrad die Gordonstraße entlang. Infolge der Dunkelheit fuhr er auf einen Chausseestein auf und stürzte zu Boden. Er erlitt dabei allgemeine schwere Verlebungen. Der Wagen der Rettungswache sorgte dafür, daß dem Verletzten ärztliche Hilfe zuteil wurde, wos nach er in seine Wohnung geschafft werden konnte.

S Ein schweren Unfall erlitt beim Spielen der 14-jährige Schüler Stefan Gus. Mit einigen Schulkameraden hatte er sich eine Schaukel hergestellt und diese eifrig benutzt. Plötzlich riß die Schnur und Gus stürzte so unglücklich zu Boden, daß er sich den linken Arm brach. Er wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

S Ein Verkehrsunfall ereignete sich gestern abend gegen 7.15 Uhr an der Ecke Fröhner- und Hempelstraße. Der Techniker Franz Wruck, Danzigerstraße 139, kam mit seinem Motorrade von der Wilhelmstraße die Hempelstraße herauf und wollte in die Fröhnerstraße einbiegen. Im letzten Augenblick bemerkte er ein ihm entgegenkommendes Auto und bog nach links aus. Trotzdem wurde er von dem Auto ergriffen und zu Boden geschleudert. Mit Kopfverletzungen wurde der Motorradfahrer in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, von wo er jedoch nach Anlegung von Verbänden wieder nach Hause entlassen werden konnte.

S Ein Freispruch. Der frühere Restaurationspächter Boleslaw Szubert hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Unterschlagung zu verantworten. Im Juni 1929 hatte S. durch ein Inserat einen Angestellten für seinen Restaurationsbetrieb gesucht, der jedoch in der Lage wäre, eine entsprechende Summe zu hinterlegen. Auf dieses Inserat meldete sich der Buchhalter Bronislaw Gniot, hinterlegte bei S. 2000 Złoty und wurde daraufhin angestellt. Als S. dann später als Pächter ausschied, hatte er die 2000 Złoty dem G. nicht zurückgestattet. Der Angeklagte bekannte sich nicht zur Schulde und gibt an, daß er in dem Inserat ausdrücklich einen Angestellten gegen Erteilung eines Darlehns von 2000 Złoty gesucht habe. Von einer Kanton sei überhaupt nicht die Rede. G., der als Zeuge vernommen wurde, muß gleichzeitig zugeben, daß er dem S. den Betrag zur freien Verfügung übergeben hatte. Infolge der Verluste, wie der Angeklagte weiter angibt, war er nicht in der Lage, das Geld dem G. zurückzuzahlen. Der Angeklagte wurde vom Gericht, das in der Richtzurückzahlung des Geldes an G. keine Unterschlagung erblickte, freigesprochen.

S Der heutige Wochenmarkt brachte sehr regen Verkehr. Gartenerdbeeren waren mit 3,50 angeboten, die ersten Kirschen mit 1—1,40, Rehköpfchen mit 0,50 und die ersten Walderdbeeren mit 1,80 pro Pfanne. Für Butter forderte man zwischen 10 und 11 Uhr 1,10—1,20, Eier 1,10—1,20, Weißkäse 0,30—0,35, Tilsiterkäse 1,70—2. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Rote Rüben 0,10, Mohrrüben 0,10, junge Mohrrüben 0,25—0,35, Kohlrabi 0,25—0,35, Rhabarber 0,10—0,15, Spinat 0,30—0,40, Salat 0,10, Radisches 0,15—0,20, Gurken 0,80—0,90, Spargel 0,70—0,80, Blattsalat 0,30—0,70, Stachelbeeren 0,30—0,35, Weißkohl 0,40, Brüken 0,10. Für Geflügel zahlte man: Hühner 2,50—4, Hühnchen 1,50—2,50, Enten 3—5,00, Gänse 6—7,00, Tauben 0,80—0,90. Der Fleischmarkt lieferte Speck zu 0,90—1, Schweinespeck 0,70—1, Rindsfleisch 0,70—0,90, Kalbfleisch 0,70 bis 0,90, Hammelfleisch 0,60—0,70. Für Fische zahlte man: Aale 2,00, Hechte 1,50—1,80, Schleie 1,40—1,60, Bassen 1,00 bis 1,20.

S Zu einer wilden Schlägerei kam es in einem an der Wilhelmstraße gelegenen Restaurant. In dem Lokal hatten sich polnische und jüdische Gäste befunden, zwischen denen es plötzlich zu einem Streit und schließlich zu einer Schlägerei kam. Als Kampfobjekte dienten nicht nur Fäuste, sondern auch Flaschen, Teller, Gläser und Stühle. Erst die herbeigerufene Polizei machte dem wilden Tumult ein Ende. Die Personen, die sich an der Schlägerei beteiligt hatten, wurden zwangsgestellt und nach der Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Wirt des Lokals hat beträchtlichen Schaden erlitten, da das Mobiliar stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

S Wegen Diebstahls hatte sich der 28jährige Arbeiter Josef Pociol aus Zabartowo, Kr. Wirsitz, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. In der Nacht zum 21. Januar v. J. stahl P. aus dem Keller des Landwirts Bronislaw Adamkiewicz in Popielowo 50 Pfund Fleisch. Bei dieser Gelegenheit entwendete er gleichzeitig dem Knecht Borkowski für 60 Złoty Unterwäsche. Das Gericht verurteilte den P., der sich zu den Diebstählen bekannte, zu fünf Monaten Gefängnis.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Kath. Frauenbund und St. Elisabethverein. Versammlung im Gymnasium Mittwoch 1/2 Uhr. (2404)

Schweres Motorradunglück.

1 Toter, 1 Schwerverletzter.

Ein schweres Motorradunglück ereignete sich am vergangenen Montag in der Nähe von Tarnowo. Der Gerichtssekretär Uta aus Budowice war mit seinem Motorrad, auf dem er noch den Sparkassenrentanten Szczepaniak mitnahm, nach Koszalin gefahren. In der Nähe von Tarnowo wollte Uta einem Radfahrer in einer Wegbiegung ausweichen, wobei das Motorrad gegen einen Baum geschlendert wurde.

Der Rentant Szczepaniak war sofort tot, während Uta nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab.

Ein des Weges kommendes Auto schaffte beide zu einem Arzt nach Koszalin. Es besteht die Hoffnung, Uta am Leben zu erhalten.

S ph Schulz (Solec), 7. Juni. Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete die Butter 1,20—1,40, Eier 1,10 bis 1,20, Weißkäse 0,30—0,35, Kartoffeln 2,10—2,20. — Am vergangenen Freitag brannte das Wohnhaus des Besitzers Schulz nieder. Durch unermüdliche Hilfe der Nachbarn konnte der größte Teil des Möbels und die Schweine gerettet werden. Leider haben einige Hilfsbereite schwere Brände und Wunden erlitten, da sie immer wieder versuchten, aus dem lichterloh brennenden Hause etwas zu retten. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Funkenflug entstanden.

S Inowroclaw, 7. Juni. Die Diebe werden immer dreister. Das Haus Król, Jadwiga 29 wird zur Zeit abgeplündert. Zu diesem Zwecke ist dasselbe mit einem Gerüst versehen. Diesen benutzen Diebe, um auf den im dritten Stock gelegenen Bodenraum zu gelangen. Dort schlugen sie eine Scheibe ein und kamen in den Lagerraum der Firma "Bazar Obuwia", von wo 8 Paar Schneschuhe im Werte von 154 Złoty entwendet wurden. Von der Polizei wurden sofort Ermittlungen ange stellt und auch eine verdächtige Person festgenommen. — Das Burggericht verurteilte heute nicht weniger wie 17 Kohlendiebe. Die Angeklagten, die sämtlich Kohlen an verschiedenen Stellen des hiesigen Bahnhofes von Güterwagen gestohlen hatten, gaben ihre Schuld zu und wurden je nach ihren Vorstrafen von 3 Tagen bis zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. — 20 Pfund Butter gestohlen wurden auf dem gestrigen Wochenmarkt dem Landwirte Walenty Witucki aus Wamlitz, Kreis Schubin. Der Täter konnte festgenommen werden.

S Gzin (Krynica), 7. Juni. Motorradunglück. Am letzten Montag verlor Herr Nössel von hier während einer Spazierfahrt in der Posener Straße die Gewalt über sein Motorrad und stürzte mit solcher Gewalt auf das Straßenpflaster, daß er mit schweren Verlebungen liegen blieb.

S Znin, 7. Juni. Ein Schadenfeuer entstand in der vorgestrigen Nacht auf bisher ungeklärter Weise bei dem Gemeindevorsteher Jan Sobczak in Redzyc. Die große Scheune wurde restlos vernichtet. Fast alle landwirtschaftlichen Maschinen sowie ungedroschenes Getreide und größere Futtervorräte wurden ebenfalls ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die angrenzenden Baulichkeiten zu schützen.

S Gnesen (Gniezno), 7. Juni. Überfahren wurde gestern an der Ecke der Friedrich- und Possestraße von einer Autotaxe ein 7 Jahre altes Mädchen. Es hat schwere Verlebungen erlitten und wurde sofort in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. — Einem Besitzer in Gembotsch verendeten in kurzer Zeit unter unbekannten Urscheinungen 18 Milchkühe. — An der Ecke Dalkier- und Warschauerstraße wurde ein Radfahrer von einem Auto überfahren. Das Rad wurde vollkommen zertrümmt.



Freie Stadt Danzig.

Mit 70 km in die Kurve.

Auf der Schönfelder Chaussee, etwa 1 Kilometer hinter Schönfeld, ereignete sich ein schwerer Motorradunfall. Der Zimmergeselle Gerhard Staedt aus Löblau fuhr in Begleitung seines Frendes Hans Schwarz von Danzig nach Löblau. Wie durch Zeugenaussage und nachherige polizeiliche Untersuchung festgestellt worden ist, fuhr Gerhard Staedt mit einer Geschwindigkeit von etwa 60—70 Kilometern in die als äußerst gefährlich bekannte Kurve am sogenannten Kowaller Berg gefahren sein. Infolge des wahnähnlichen Tempos kam das Motorrad auf der Chaussee ins Schleudern, überschlug sich und Staedt kam unter die Maschine zu liegen, während Hans Schwarz in hohem Bogen über die Maschine hinweg in den Chausseegraben geschleudert wurde. Staedt hat einen schweren Schädelbruch erlitten. Er wurde auf Anordnung des Arztes von dem alarmierten Übersallkommando sofort ins Diaconissenkrankenhaus eingeliefert. Schwarz kam mit dem Schrecken davon und blieb unverletzt.

Aleine Rundschau.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

In Böhm überfiel eine junge Frau, die schon vor einigen Tagen verschont hatte, sich und ihr Kind mit Gas zu vergiften, im Keller ihrer Wohnung ihre Kleider mit Petroleum und setzte sie in Brand. Sie verbrannte am lebendigen Leibe. Die Tat erfolgte im Zustande geistiger Unnachthat.

In Buer überfiel ein Verginvalide seine Chefarzt nach einem Wortwechsel mit Petroleum und zündete sie alsdann an. Lebensgefährlich verletzt musste die Frau dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Täter ist geistesgestört. Er befand sich bereits einmal in einer Irrenanstalt.

Todessturz beim "Tour de France".

Bei dem Wettkampf "Tour de France" hat sich ein schweres Unglück ereignet. In der Nähe von Avignon stürzte das Flugzeug mit der Flugkommission im Sturm ab. Sämtliche vier Insassen wurden getötet.

Der geisteskranke Muttermörder verhaftet.

Der geisteskranke Muttermörder Ludwig Schöß konnte am Dienstag im Hause Wallstraße 21 von der Kriminalpolizei festgenommen werden. Schöß machte einen völlig wirren Eindruck. Er empfing lächelnd die Beamten und folgte ihnen, ohne irgendwelchen Widerstand zu leisten.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. Juni 1932.

Kralau + 2,20, Jawischost + 1,38, Warschau + 1,16, Błock + 0,90, Thorn + 0,97, Jordan + 1,01, Culm + 0,85, Graudenz + 1,03, Kurzefal + 1,29, Biebel + 0,46, Dirichau — 0,48, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,40.

Chefredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Starke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepple; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 1289

Ihre am 2. cr. stattgefundene Vermählung
geben bekannt

Ewald Giese Ruth Giese

geb. Witt.

Jnowrockaw, Juni 1932.

Steuer-Ermäßigung

nur durch korrekte Buchführung mit Bilanz.

E. CURELL, Bücher-Revisor

Bydgoszcz, Dworcowa 47, I. Tel. 240. 2416

ORTHOPÉDIE

Heilanstalt Schert

Strenge individuelle operationslose Behandlung.

Berlin-Lichterfelde, Drakestraße 17.

Hervorragende Erfolge bei Rückgratverkrümmung (kein immobilisierendes Korsett), Lähmungen, Versteifungen, Kontrakturen (Little), Gelenkentzündungen, Rückenmarkleiden, Hüftgelenkverrenkung (auch bei Erwachsenen), Knochenbrüchen, Klump- und Senkfüßen usw.

Leitung: A. Schert.

Bisherige Tätigkeit: Klinik Prof. Dr. Hoffa, Würzburg. Leiter der orthopädischen Werkstätten. Klinik Dr. Köhler, Zwickau. Chef der orthopädischen Abteilung in der Klinik des berühmten Chirurgen Dr. Doyen, Paris. Beruflich verantwortlicher Leiter der orthopädischen Werkstätten der Regierung von Oberbayern.

Baubeschläge

Möbelbeschläge

Neumann & Knitter

Stary Rynek. 5126

Tel. 141.

Original

Bielitzer Kammgarne

für Herren und Damen kann ein jeder zu
wirklich günstigen Preisen

direkt aus Bielitz kaufen.

Reiche Auswahl in glatt dunkelblauer —
schwarzer und auch Modeware. Bitte ver-
langen Sie noch heute ganz unverbindlich und
kostenlos entsprechende Muster v. der Firma

WIKTOR THOMKE, wyrób
BIELSKO, Kamienica 84.

Kies. Bretter

Fußboden, Schalbretter und Aussortierte
gibt ab

Sägewerk „Lash Polstie“, sp. 2.
Bydgoszcz-Kapuszynko Dolne,
Bz. 22.

Entbindungs-
aufenthalt

find. wird. Mütt. sowie
Pension. Säuglinge u.
Rekonvalescenten bei
Schw. Berta Bz. 22.

Danzig-Langfuhr,
Marienstr. 19. 1. 3087

Teppiche
Gardinen
Läufer
Möbelstoffe

empfiehlt
zu billigsten Preisen

Für Landwirte
und Gärtner!

Mehrere Hundert
Tausend

Gemüsepflanz.

als 5211
Runkeln, Wruk-,
Majoran, Porree,
Sellerie, Roterü-,
Kohlrabi, Weißkoh-
Ratkohl, Rosenkohl

Grünkohl,

großer Posten

Sommer-
blumenpflanz.

in besten Sorten.

Balkonpflanz.

um zu räumen.

alles sehr billig.

JUL. ROSS

Gartenbau-Betrieb

Grunwaldzka 20.

Telefon 48.

Möbelleder

Gobelins, Plüsché

Eryk Dietrich,

Bydgoszcz

Gdańska 78, Tel. 782

Bäder und Kurorte

Ostseebad Oliva bei Zoppot

HausLocarno, Gneisenaustr.

empfiehlt große möbl. Zimmer mit guter

voller Pension 9 zł pro Tag.

5292

Summerfrische

finden Aufnahme in

gerückte Zimmer und

Rüche, in schöner Ge-
gend d. Tucheler Heide,

unmittelbar an Wald

u. See, sehr preiswert.

Reitgut

Stare Suminy,

powiat Tuchola. 2378

Bydgoszcz, Tel. 18-81

Dr. v. Behrens

1002 bearbeitet
allerlei Verträge,
Testamente, Erbsch.,
Auflassungen, Hy-
pothekenlöschung,
Gerichts- u. Steuer-
angelegenheiten.

Promenada nr. 5

beim Schlachthaus.

Der ehrliche Finder
einer Altenteile am
4. 6., morgens im Park
Wzgórze Dąbrowskiego,
die für ihn keinen Wert
darstellt, wird erachtet,
die geg. hohe Belohn-
ung i.d. ul. Chwytwoda,
m. 11, in d. Stunden v.
1-4 Uhr abzugeben. 2414

Geldmarc

2. 6. 1932, Kurs 94,00 zł

25. 6. 8%, Kurs 94,00 zł

amortif. Hyp. befjorgt

Meyer, Gdańsk 125, I.

2407

500-50000 zł

Anleih. werd. ohne Ein-

lage gewährt. Meldej.

Bydgoszcz, Dworcowa 19

Hot. Gastronomia, 3. 4.

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

2405

Der Weltbrand in Chile.

Die Revolution in Chile, die mit dem schnellen Sieg der Aufständigen endete, hat einen Mann der Welt bekannt gemacht, von dem man bis jetzt weit und breit nichts wußte. Carlos Davila war vom 6. Oktober 1927 bis 18. September 1931 chilenischer Botschafter in Washington. Das ist alles, was von ihm bekannt war. Nach seinem Rücktritt widmete er sich der Publizistik und wurde Herausgeber einer großen Zeitung in Santiago. Wegen seiner revolutionären Überzeugung wurde er verfolgt und zweimal verhaftet. In den letzten zwei Monaten hielt er sich im Verborgenen auf. Als Führer der siegreichen revolutionären Bewegung will er nichts mehr und nichts weniger, als Chile in einen sozialistischen Staat verwandeln, was ihn allerdings nicht hindert, sich zum Gegner des Bolschewismus zu erklären.

Carlos Davila will überhaupt keine proletarische, sondern eine Militärdiktatur durchführen. Seine Absicht soll sein, die Nationalisierung der Industrie, des Großhandels und der Bergwerke zu veranlassen. Dieses Programm hat schon wenige Stunden nach der Machtübernahme eine denkwürdige Abschwächung erfahren. Als die Banken am Montag morgen ihre Schalter nicht öffnen wollten, erklärte Davila, daß er nicht daran denke, Privatkonten anzutasten. Auch die „grosskavalierischen“ nicht? Es scheint, daß Davila mehr an die Abschließung Chiles von der Außenwelt als an die Vernichtung der Kapitalisten im eigenen Lande denkt.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist man auf jeden Fall sehr beunruhigt, was gut zu verstehen ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Davila ein Feind der Angelsachsen ist. Da nun Wall-Street an Chile mit mindestens 3 Milliarden Mark interessiert ist, wird New York nichts zu lachen haben. Und was geschieht, wenn die übrigen südamerikanischen Republiken dem Beispiel Chiles folgen? Sie haben nicht mehr viel zu verlieren. Ihre Finanzen liegen darunter. Sie können ihre Schulden den Vereinigten Staaten nicht mehr bezahlen. Die Bereitschaft, eine nordamerikanische Halbkolonie zu sein, wird nicht nur in Chile immer geringer. Das Massenelend zwingt wiederum zu einschneidenden Eingriffen, verlockt zu kühnen Experimenten.

Zwei Fragen zwingen sich hier auf. Zunächst: Wird es Davila gelingen, den Widerstand im eigenen Lande gegen seine radikalsozialistischen Pläne zu brechen? Wo wird er seine Kampfgenossen dabei suchen? Findet er an die verarmten Bauern und an die Arbeiter Anschluß? Dann dürfte es ihm kaum gelingen, die einmal in Bewegung gesetzte Lawine aufzuhalten: Chile wird aus einer staatssozialistischen Republik ein Sowjetland werden. Gegen das Bürgertum und gegen die Arbeiter-

schaft anzukämpfen kann Davila nicht. Selbst wenn er sich zwischen zwei Stühle setzt, und an seiner Aufgabe scheitert, wird Chile nicht ohne weiteres zur Ruhe und Ordnung zurückfinden. Der soziale Umsturz ist in Chile eingeleitet und macht dieses Land zu einem Revolutionärherd für die gesamte Neue Welt. Der chilenische Staatssozialismus hat anscheinend mit dem Moskauer Bolschewismus nicht viel gemeinsam. Aber er trägt die Keime der Bolschewisierung des gesamten Südamerika in sich.

G.

Die „Voss. Blg.“ begleitet die Aufstands-

bewegung in Chile mit folgendem Kommentar:

Was sich in Chile ereignet hat, kann das Vorspiel ähnlicher Entwicklungen in ganz Amerika sein. Überall wirkt sich zertrümmert und unvälzend die Tatsache aus, daß die noterzwungenen Versuche zur Selbsthilfe gegen die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise versagen. Aus der Weltwirtschaftskrise ist ein Weltwirtschaftskrieg geworden. Und dieser Weltwirtschaftskrieg führt in den betroffenen Ländern zur Kriegswirtschaft. Der Mangel wird organisiert, die Blockade aller gegen alle verschärft. Wenn die Generale nicht mehr durchkommen, wird die Gulaschkanone sozialistisch betrieben.

Südamerika liegt unmittelbar vor den Toren der Vereinigten Staaten, die den Weltkrieg entschieden haben und damit die größte Weltmacht geworden sind. Alle Berichte stimmen darin überein, wie katastrophal die Verhältnisse und die Stimmungen in diesem Siegerlande sind. In Japan äußert sich die soziale und kulturelle Verküstung in Formen, die den Kennern des Landes die tiefste Besorgnis einlösen, auch wenn für den Augenblick noch die außenpolitische Ablenkung gelingen mag.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen der Staatsordnung erscheinen gleich gefährdet in Bauernländern wie Industriegebieten, in den überseischen Produktionszentren wie bei den durch Unterkonsum verarmten Handelspotenzen.

Die Not ist allgemein. Ihr Grad mag verschieden sein. Aber die Schnelligkeit, mit der das Unheil sich ausbreitet, macht den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten, reichen und armen Nationen immer geringer. Bis jetzt aber hat es nicht den Anschein, als ob es gelingen könnte, die Gegensätze zurückzudringen und die gemeinsame Hilfe zu organisieren.

Der Weltbrand schreitet fort. Bald da, bald dort schlagen die Flammen empor. Überall ist Brennstoff aufgehäuft. Die Gefahr naht auf Flügeln der Technik. Die Politik, die Rettung bringen soll, arbeitet im Geist und im Tempo von 1832. Es ist, als sollte die Freiwillige Feuerwehr von Tuntenhäusern in Bewegung gesetzt werden, um mit dem Feuerreimer eine Riesexplosion von Gas und Dynamit zu bekämpfen.

Liquidationsabkommens Schluß zu machen. (D. h. also mit einer Politik, die Polen einen Milliarden-Gewinn einbrachte, nachdem es kaum noch etwas zu liquidieren gab!) Auch die Politik gegen Danzig muß geändert werden. Danzig vergesse, daß es sich unter dem Protektorat des Völkerbundes und Polens befindet, und „vergewaltigte“ unterbrochen die Gründäkte, auf denen sein Verhältnis zu Polen beruhe“. Dann wird auf die angebliche „deutsche Propaganda und Spionage“ hingewiesen; auch werden Maßnahmen gegen den Übergang polnischen Bodens an Deutsche gefordert. Dass auch hier die Fabel von der Verfolgung von Polen in Deutschland aufgetischt wird, versteht sich von selbst. Den Besluß machen Reklamationen gegenüber der Sanacja und gegen die Regierung, die die polnische Front u. a. durch Entfernung einheimischer Polen aus Stellungen, in denen sie gegen Deutschland mit Auszeichnung gekämpft hätten, durchbreche, und endlich die Erklärung, „daß die an der Kundgebung Beteiligten im Bedarfsfalle mit der Waffe in der Hand die Grenzen verteidigen würden, ganz gleichgültig, ob der Angriff von deutscher offizieller Seite oder durch Hitlerleute erfolgen werde, und ganz gleichgültig auch, ob er von einer Kriegserklärung begleitet sein werde oder nicht.“

Wozu solche Beteuerungen? Dass die Versammlungsteilnehmer ihr Land im Falle eines Angriffs verteidigen werden, sollte doch eigentlich selbstverständlich sein. Im übrigen glauben wir, daß die tapferen Männer vom „Lager des Großen Polen“ ihren Tatendrang noch einige Zeit werden zugeln müssen; denn Deutschland denkt nicht einmal im Traum an einen bewaffneten Angriff gegen Polen. Das hat unlängst selbst die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ bescheinigt! Vorläufig kämpfen die Helden des Lagers des Großen Polens wie der selige Sancho Panza nur gegen Windmühlenflügel.

Wenn übrigens die Manager der Sonntagskundgebung in ihrer Entschließung sagen, daß die Deutschen, die in Polen wohnen, in dem deutsch-polnischen Grenzgebiet zielbewußt Unfrieden stiften, so ist das eine unverschämte Lüge, die wir hier auf das Schärfste zurückweisen. Den Frieden im Grenzgebiet bedrohen lediglich solche Kundgebungen wie diese unbegründete Posener Deutschenhehe.

Die Demonstranten beabsichtigten übrigens, der Kundgebung im Apollosaal noch eine solche auf der Straße in Gestalt eines Umzuges folgen zu lassen, ein diesbezüglicher Antrag wurde aber vernünftigerweise von der Polizeibehörde abgelehnt.

Das letzte Mittel.

Oesterreich will seine Auslands-Zahlungen einstellen!

Wien, 7. Juni. (PAT) Wie die „Reichspost“ meldet, begibt sich der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß am Mittwoch oder Donnerstag nach Paris, da am 9. d. M. die Entscheidung des Finanzkomitees bezüglich der Finanzhilfe für Österreich erwartet wird. Die Entscheidung hängt jetzt von Frankreich ab. Die christlichsoziale „Reichspost“ warnt vor einem allzu großen Optimismus. Aus den Stimmen der französischen Presse sei zu entnehmen, daß eine Finanzhilfe für Österreich nur in Verbindung mit dem Plan Tardieu möglich sei. Die französische Kammer wäre einer Anleihe für Mittel- und Südeuropa nicht geneigt. Auf der anderen Seite folgert man in Paris, daß die Finanzlage Österreichs der Schlüssel für die Finanzlage ganz Mitteleuropas ist. Sollten die Generäle Verhandlungen zu keinem Ergebnis kommen, oder sollte nur eine Umgruppierung der bestehenden Kreditverhältnisse eintreten, dann sei die Österreichische Regierung entschlossen,

Bei Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten führt der Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers die Verdauungsorgane zu regelmäßiger Tätigkeit zurück und erleichtert so, daß die Nährstoffe ins Blut gelangen. In Apotheken u. Drog. erhältlich. (4897)

schon am kommenden Sonnabend die Transfer-Berordnung zu veröffentlichen. Das würde die Einstellung aller Auslandszahlungen Österreichs bedeuten!

Die „Neue Freie Presse“ teilt mit, daß die neue Regierung Frankreichs den Tardieu-Plan erst nach seiner gründlichen Änderung übernehmen werde.

Leere Kurorte.

Die Hoffnung, daß von der Einführung der phantastisch hohen Parkgebühren die einheimischen Kur- und Badeorte einen besonderen Vorteil haben würden, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Obwohl die Urlaubs- und Badezeiten längst begonnen haben, machen sich bis jetzt noch keine Anzeichen bemerkbar, daß die Badeorte auch nur eine annähernd annehmbare Besucherzahl zu erwarten haben. Aus allen polnischen Kurorten gehen Nachrichten ein, daß die Zahl der Besucher weit hinter der des Vorjahrs zurücksteht. Fast alle Kurorte sind mit ihren Preisen beträchtlich heruntergegangen. Die in der Nähe von Warsaw sonst gut besuchten Plätze haben ihre Preise um rund 50 Prozent gesenkt. Diese Maßnahmen helfen trotzdem nichts. Die weitans größte Zahl der Pensionate und Kurhäuser stehen leer. Die Wirtschaftskrise macht sich bemerkbar als man zunächst annahm.

Die polnische Regierung hätte es wahrlieb nicht nötig gehabt, bei diesen wirtschaftlichen Voraussetzungen die neue absurde Parkmauer zu errichten und damit wertvolle wirtschaftliche, sowie unerschöpfliche familiäre Bindungen zu zerreißen. Nicht einmal die Kurorte haben Nutzen davon!

Kleine Rundschau.

Ein Kind von einem Adler entführt.

Oslo, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Øvre (Namdal) war eine Familie mit einem 4jährigen Mädchen zu einer Taufeierlichkeit auf einen Bauernhof zu Besuch gefahren. Nachmittags hatte man sich, ohne das Kind mitzunehmen, etwa 10 Minuten vom Hof entfernt. Als man zurückkehrte, war das Mädchen verschwunden. Nach vier Stunden ergebnislos Suchens wollte man schon alles aufgeben, bis einer der Bauern darauf hinwies, daß zurzeit, als man den Hof verlassen hatte, ein Adler über dem Gehöft schwerte. Man machte sich sofort auf die Suche und nach vielen Stunden, kurz vor Mitternacht, fand man das Kind in einem Hochgebirgsmoor in der Nähe des Adlerhorstes. Da das Kind an sehr steiler Stelle aufgefunden wurde, nimmt man an, daß der Adler nicht die Kraft gehabt habe, das etwa 18 Kilogramm schwere Kind in seinen Horst zu schleppen. Das Kind war abgesessen von einigen Schrammen am Kopf unverletzt. Es erzählte, ein großer Vogel habe es mit in die Luft genommen. — Solche Fälle haben sich bereits öfter in Norwegen ereignet, aber niemals gelang es den Adlern, eines der Kinder in ihren Horst zu schleppen.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 10. Juni.

Königs-Wusterhausen.

06.20 bis ca. 08.00: Konzert. 12.00: Wetter. Anschl.: Nachträge zum Wunschkonzert (Schallpl.). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jungmädchenstunde: Was wir lesen. 15.40: Jugendstunde. Dr. Walther Noelle: Wie das Pflanzenfürsten aus dem Eis frieht. 16.00: Pädagogischer Funk. Direktor Otto Braune: Berufsbildungsproblem der Fürsorgeerziehung. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Hochschulfunk. Priv.-Dozent Dr. Majer: Risiko und Lebenssicherung des Menschen der Gegenwart (III). 18.00: Dr. Mario Kramer: Das Mittelalter und die Einheit der abendländischen Kultur (III). 18.30: Volkswirtschaftsfunk. Karl Ludwig Noteboom: Reparationen und Außenhandel vom Standpunkt des Überlebensmannes. 18.55: Weiter. 19.00: Von Berlin: Stimme zum Tag. Freiherr von Rotenhan spricht. 19.15: Wissenschaftl. Vortrag f. Jähnärate. 19.35: Stunde der Arbeit. Werner Brink: Warum Bücher. 20.00: Von Washington: Worüber man in Amerika spricht. 20.15: Von Mühlacker: Operettenkonzert. 21.15: Edwin Fischer spielt und dirigiert. Kammerorchester. 22.20: Politische Zeitungsschau. Anschl.: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 00.30: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30: Frühkonzert (Schallpl.). 09.00: Von Danzig: Französischer Schulfunk. 11.30: Von Breslau: Konzert. 13.00: Unterhaltungskonzert. 15.30: Kinderkonzert. Peterchen entdeckt die Natur. 16.00: Kriegerwitwen gestalten ihr Schicksal. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.55: Büchertunde. 18.25: 90 Jahre Königsberger Männerturnverein. 18.35: Das Gesetz bei Heltsberg vor 125 Jahren. 18.55: Autorenstunde. 19.25: Niobe-Trio. Schiffmann-Kirchberger-Ninke. 20.00: Von Washington: Worüber man in Amerika spricht. 20.15: Von Berlin: Edwin Fischer spielt und dirigiert.

Breslau-Gleiwitz.

06.30: Morgenkonzert. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.30: Konzert. 13.05: Konzert. 14.05: Konzert. 16.00: Stunde der Frau. 16.30: Unterhaltungsmusik. 17.30: Das Buch des Tages. 17.50: Die Zeit in der jungen Dichtung. Prosa von Willi Schäferdied. 18.30: Das wird Sie interessieren! 19.15: Weiter. Anschl.: Abendmusik auf Schallplatten. 20.00: Von Washington: Worüber man in Amerika spricht. 20.15: Ein Walzer muss es sein! Von Berufsmusikern und glücklichen und unglücklichen Liebhabern. 21.25: Die Mußt der Operette: Das Schwarzwaldmädel. 22.30 — 24.00: Tanzmusik.

Warschau.

12.45 — 14.00 u. 15.10: Schallpl. 15.35: Schallpl. 17.00: Salzmusik. 20.00: Aus dem Senderaum: Sinfoniekonzert. Das Pol. Orch. und Wilomirski, Cello. 22.00: Tanzmusik. 22.50: Tanzmusik.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Der abtrünnige Sturmböd.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Jeder, der sich im politischen Leben Polens einigermaßen auskennt, weiß, wer Sanojca ist. Dieser bekannte Bauernpolitiker, der vom linken Flügel der Bauernbewegung hergekommen war und als fähiger Agitator unter den polnischen Bauern in Ostgalizien einen beträchtlichen Einfluss ausübte, hatte sich mit einigen anderen Bauernführern der Sanacja angeschlossen und in ihr mit fanatischem Eifer eine besondere Rolle übernommen. Als Sejmabgeordneter tat er sich im BB-Klub — seiner demagogischen Veranlagung gemäß — durch Leistungen hervor, die für diesen von einer erbitterten, nur zahlenmäßig schwächeren aber geistig überlegenen Opposition oft in die Enge getriebenen Klub sehr schädlich waren. Sein angriffslustiges Temperament, seine Schlagfertigkeit, die, wenn ein guter Witz ihr nicht zur Verfügung steht, auch einen schlechten nicht verschmäht, seine politische Routine und sein Orientierungsvermögen verhalfen ihm zu einer konkurrenzlosen Rolle im Klub. Vor allem war er der größte Spezialist in Zwischenrufen, die er in erstaunlicher Fülle abzuschneiden verstand. In bewegten Momenten und bei Sturmzügen trug seine Stimmkraft, begleitet von wilden Gesten, nicht wenig dazu bei, die Energien seines Klubs aufzupeitschen, dem Klub über kritische Situationen hinwegzuhelfen und überhaupt die Stimmung anzufachen. Gewiß, manchmal leistete er des Guten zu viel, aber dem Klub nutzte auch dieses Übermaß. Mit seinem Talent eines Zwischenrufers paarte sich auch das eines Daueredners. Im Bedarfsfalle hielt er auch normale Reden. Wenn er gelegentlich ein sachliches Referat hatte, bot er inhaltlich nicht minderes, als was das Niveau des parlamentarischen Durchschnitts erfordert. Doch Normalredner war er nur nebenbei. Seine eigentliche Aufgabe war, Sturmböd des BB-Klubs im Sejm zu sein. Unter der Masse der BB-Abgeordneten, die nicht zum engen Kreis der Wissenden und zu hohen Stellen und Zwecken berufenen gehören, d. h. unter der sogenannten "Mannschaft" des Klubs rägte Sanojca als Mann von ausgeprägter Physiognomie hervor.

Es ist daher keine geringe Sensation für die politischen Kreise, wenn man erfährt, daß der "Sturmböd" der Sanacja ihr den Dienst gekündigt hat und zwar mit Schall und Knall, in einer öffentlichen Versammlung, in der er nach Bauernart ein politisches Sündenbekenntnis ablegte und sich selbst moralisch züchtigte.

Der "Kurjer Lwowski", ein Organ der Rechtsopposition, veröffentlicht einen ungemein interessanten Bericht über diese Versammlung, welche in Krakau stattgefunden hat und von den BB-Abgeordneten Chowniec und Kubel einberufen worden war. Abg. Sanojca hat dabei alle Anwesenden mit einer Rede überrascht, in welcher er am Sanierungsregime eine so scharfe Kritik übt, wie sie kaum von einem Oppositionspolitiker überboten werden könnte. Abg. Sanojca sprach eine Stunde lang. Das Lemberger Blatt gibt aus begreiflichen Gründen nur manche Stellen aus den Ausführungen Sanojas wieder; doch sind schon die angeführten Aussprüche bezeichnend genug. Sanojca sagte u. a., daß die BB-Abgeordneten sich schenken, das Wort zu ergreifen und die Wahrheit zu sagen aus Angst vor der Strafe, die sie auf sich heranschwören würden. Er aber bringe den Mut auf, seinen Kollegen zu sagen, was er empfinde; denn das Maß seiner Geduld sei schon erschöpft und „er sei nicht mehr seiner selbst Herr, wenn er das ansche, was jetzt vorgehe“.

Abg. Sanojca besprach eingehend die Herabsetzung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne und hob hervor, daß diese Herabsetzung erfolgte, ohne daß sich gleichzeitig die Kartellpreise und die Preise der Lebensnotwendigkeiten bedarfssättigten vermindert hätten. Bei Besprechung der Lage der hungernden Bevölkerungsschichten erwähnte er die schlechte Wirtschaft der Selbstverwaltungen und schrieb die eigentliche Schuld an der Mißwirtschaft den Regierungsfaktoren zu, die in den Zeiten der guten Konjunktur die Kommunen zur Aufnahme von Anleihen angeleitet hätten, durch welche die Selbstverwaltungen in eine ausweglose Situation geraten seien.

Einer sehr scharfen Kritik unterzog Abg. Sanojca das Gesetz über den Wegezolls und das neue Gesetz über die Schulverfassung. Bei Besprechung dieses letzterwähnten Gesetzes rief er aus: „Ich möchte mich hente selber ins Gesicht schlagen, weil ich für dieses Gesetz gestimmt habe.“

Im Laufe der kritischen Beleuchtung der Politik und Maßnahmen der Regierung u. a. auch auf dem Gebiete der Arbeitspolitik bedauerte Sanojca den Mangel an einem Mindestmaß von Wortfreiheit, das doch unerlässlich sei, damit das ausgesprochen werde, „was uns alle

scherzt“. Abg. Sanojca schloß seine Rede mit den Worten: „Alles dies hat mich schon zur Verzweiflung gebracht und ich weiß wirklich nicht mehr, was ich davon zu denken habe...“

Diese unverhoffte Oppositionsrede des Abg. Sanojca, den man als einen der fanatischsten Anhänger des Sanierungsregimes zu betrachten gewohnt war, machte auf die Versammlung einen außerordentlich starken Eindruck. Die der Versammlung beiwohnenden offiziellen Persönlichkeiten verließen noch während der Rede Sanojcas demonstrativ den Saal. Nur die BB-Abgeordneten Chowniec und Kubel mußten als Einberüster der Versammlung im Saale ausharren; aber ihre Situation war nicht beneidenswert.

Mit dieser Rede hat Sanojca seine Rolle in der Sanacja selbstverständlich ausgespielt. Der BB-Klub wird im Sejm seine Zusammenarbeit mit der Regierung von nun an ohne "Sturmböd" beforschen. Die Maßkorbstimmungen des Reglements lassen übrigens seiner gänzlich entraten. Sanojca aber hat seine Popularität dort hinten in Ostgalizien gerettet und kann sich für spätere Zeiten bereithalten...

Ein großer Schwindler.

Nolf Weber — Mitbegründer des „Kultur- und Wirtschaftsbundes.“

Wir lesen in der „Kattowitzer Zeitung“:

Wohl eine der größten Betrugs- und Gannerässen, die in den letzten Jahren im Kreise Rybnik zu verzeichnen waren, fand am vergangenen Donnerstag bzw. Sonnabend vor der Rybniker Strafkammer ihr gerichtliches Nachspiel. Zu verantworten hatte sich der seinerzeit durch die Gründung des bekannten „Kultur- und Wirtschaftsbundes“ sehr bekannt gewordene Holzkaufmann Nolf Weber aus Niedobeschütz, dem nicht weniger als vier der schwersten Vergehen: betrügerischer Bankrott, Bilanzverschleierung, Betrug und Unterschlagung in mehreren Fällen zur Last gelegt wurden. Weber schädigte durch seine betrügerischen Machinationen und Transaktionen seinen Komponist, den Sägewerksbesitzer Wieczorek in Niedobeschütz, allein um etwa 300 000 Zloty, außerdem eine Reihe von Leuten um verschiedene größere und kleinere Beträge, darunter den Bäckermeister Ernst Schäfer aus Rybnik allein um 27 000 Zloty.

Weber, der früher im Forstdienst tätig war, fing im Jahre 1923 gemeinsam mit Wieczorek ein Holzgeschäft an, das in den ersten Jahren auch gut florerte. Vom Jahre 1929 an ging es bergab, so daß Weber allmählich daran denken mußte, das Geschäft einigermaßen auf der Höhe zu halten und vor allem Deckung für mehrere größere Beträge zu suchen. Wieczorek schien ihm der richtige Mann hierfür zu sein, denn er brachte ihn soweit, daß er sich auf seine völlig schuldenfreie Besitzung drei Hypothekenbriefe zu je 100 000 Schweizer Franken ausstellen ließ, von denen er zwei Weber über gab. Er erteilte ihm ferner Vollmacht, bis 100 000 Schweizer Franken Kredit aufzunehmen.

Weber erhält auf Grund dieser Briefe nun von der kommunalen Sparkasse in Schwientochlowitz laufend Geld, wobei er sich an die ihm durch Wieczorek erteilte Vollmacht nicht hält und schließlich insgesamt einen Betrag von 219 000 Zloty abgehoben hatte. Zwischen durch lieferte er wohl an Wieczorek verschiedene größere Posten, die er sich aber immer bezahlen ließ, so daß das Konto in Schwientochlowitz in ungekürzter Höhe unausgeglichen blieb. In der Zwischenzeit ließ er sich immer wieder auf leichtsinnige Transaktionen ein. In der Regel verspekulierte er sich immer wieder, so daß er nun zu den unglaublichesten Mitteln griff, um sich wenigstens über Wasser zu halten. Abgesehen davon, daß er mehrere Beträge kurzerhand unterschlug, brachte er nun auch noch den Bäckermeister Schäfer trotz der offensichtlichen Pleite soweit, daß dieser sein Haus verkaufte und ihm ein Darlehen von 27 000 Zloty gewährte, das natürlich auch verloren ist. Allmählich wurden die Finanzbehörden auf sein Tun aufmerksam, und als die Buchführung Webers geprüft wurde, machte man die sensationellsten Entdeckungen.

Seit 1929 bereits machte er bei seiner Bilanz falsche Angaben, insfern, als er Einnahmeposten überhaupt nicht buchte, dafür aber alle Ausgaben buchen ließ. Die Unterbilanz betrug bereits 1929: 30 000 Zloty, im Jahre 1930: 179 000 Zloty und im Jahre 1931 wäre sie, wenn die Behörde nicht dazwischengegriffen hätte, noch weit höher gewesen.

Die gesamte Buchführung ist nur mit Fleiß geführt; die Bilanz wurde nicht an Hand der

Heute heiß und trocken
morgen vielleicht schon kühl und nass —
Darum auch im Sommer nie ohne Aspirin-Tabletten.
Es gibt nur ein ASPIRIN

In allen Apotheken erhältlich.

Bücher aufgestellt, sondern, wie der Buchhalter während der Verhandlung angab, von Weber aus dem Kopfe diktiert. Er wurde schließlich am 8. März dieses Jahres verhaftet und nun am Donnerstag wegen betrügerischen Bankrotts, Bilanzverschleierung, Betrug und Unterschlagung unter Anklage gestellt. Die Verhandlung wurde am Donnerstag unterbrochen und am Sonnabend weitergeführt.

Der Hauptgeschädigte, Wieczorek, der sich Weber mit Leib und Seele verschrieben hatte und für seine betrügerischen Manipulationen sein gesamtes Besitztum opferte, so daß er sich heute unter Gerichtsaufsicht befindet, sagte in seiner Eigenschaft als Zeuge aus, daß er Weber immer sein volles Vertrauen geschenkt hätte. Seit sechs Jahren ist zwischen den beiden Compagnons keine Abrechnung mehr erfolgt; eine nachträgliche Verrechnung ist, zumal die Buchführung Wieczoreks nicht besser ist als diejenige Webers, nicht möglich. Über die Belastung des Kontos mit über 200 000 Schweizer Franken berief sich Weber auf ein ihm von Wieczorek ausgefolgtes Schreiben, mit dem dieser ihn ermächtigte, das Konto bis zur vollen Höhe zu belasten. Vor Gericht stellte es sich nun heraus, daß Weber das betreffende Schreiben an das Schwientochlowitzer Institut geschrieben hatte und sich dieses von Wieczorek unterschreiben ließ, ohne daß dieser überhaupt eine Ahnung hatte, was er unterschrieb. Schwer belastet wurde Weber durch seinen eigenen Buchhalter, ebenso durch die Aussagen verschiedener anderer Zeugen. Er selbst gab die Möglichkeit eines Teils der ihm zur Last gelegten Vergehen zu. Er hat sich in seiner Buchführung nie orientiert, so daß er sich auf Einzelheiten auch nicht entsinnen kann.

Der Staatsanwalt bezeichnete in seinem ausführlichen Plädoyer das dem Angeklagten zur Last gelegte Verbrechen als charakteristisch für die heutigen Zeitverhältnisse. Nur ein strenges Urteil sei geeignet, die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß der Begriff von kaufmännischer Treue und Redlichkeit noch nicht entchwunden ist. Der Angeklagte habe mehrere Familien vollständig ruinieren lassen, ein Bankinstitut um einen großen Betrag gebracht, so daß eine exemplarische Bestrafung unbedingt am Platze sei. Er beantragte eine Gesamtstrafe von 1½ Jahren Buchhaus.

Das Gericht verkündete nach längerer Beratung, und nachdem der Verteidiger Webers mildernde Umstände beantragt hatte, das Urteil, das wegen betrügerischen Bankrotts auf 1 Jahr Buchhaus, wegen Bilanzverschleierung auf 1 Monat Gefängnis, wegen Unterschlagung für jeden Fall auf je 1 Monat Gefängnis, alles zusammengezogen auf 15 Monate Gefängnis lautete.

Auch Korsantys „Polonia“ betont, daß Nolf Weber Vorsitzender des „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes“ in Niedobyczja gewesen sei und sich überall und immer als eifriger Sanacja-Mann gebärdet hätte.

Kleine Rundschau.

Deutsche Kunstsieger in Paris.

Das diesjährige Internationale Pariser Flug-Meeting in Saint Germain bot den beiden deutschen Fliegern Viezel Bach und Gerhard Fieseler Gelegenheit, ihr großes Können zum erstenmal in Frankreich zu zeigen. Beide wurden vom Bürgermeister feierlich begrüßt, eröffneten dann die große flugsportliche Veranstaltung mit ihren Vorführungen und wurden viel bewundert. Unter den französischen Piloten ragte vor allem Doret hervor. Als Meister des Rückfluges bewährte sich wieder Glardon. Die amerikanische Ozeanfliegerin Garhart begrüßte in einer Pause ihre deutschen und französischen Fliegerkollegen, und abends veranstaltete die Deutsche Fliegerfamilie einen Empfang für Viezel Bach und Gerhard Fieseler.

Friedrich von Gentz.

Zu seinem hundertsten Todestage.

Wien, das eine sorgenvolle Gegenwart nicht hindert, einer glänzenden Geschichte eingedenkt zu sein, erinnert sich in diesen Tagen eines Mannes, der dem politischen und gesellschaftlichen Leben dieser Stadt im Anfang des 19. Jahrhunderts das Siegel seines Geistes aufgedrückt hat. Wenn Friedrich von Gentz auch einem Breslauer Hause entstammte und wenn auch seine ersten schriftstellerischen Erfolge in die Zeit seiner preußischen Dienste fallen, so hat er doch den Ruf seines politischen Schriftstums noch in jungen Jahren nach Österreich verpflanzt und sandt erst hier im Lichte der großen Ereignisse, die zum Sturz Napoleons führten, und weiterhin im Machtkreis der österreichischen Staatskanzlei volle Entfaltung. Von hier bekämpfte er in Schriften, die noch heute als Meisterstücke deutscher Prosa gelten dürfen, den napoleonischen Imperialismus, durch den die romantischen Hoffnungen entzweit worden waren, die einst der 18. Brumaire in Gentz, wie in so vielen Geistern Deutschlands erweckt hatte. Hier hat er als Generalsekretär des Wiener Kongresses jene Rolle gespielt, die ihm den Ruf der besten Feder Europas eintrug. Hier hat er in der Zeit zwischen dem Kongreß und der Julirevolution als Hofrat der Staatskanzlei das besondere Vertrauen Metternichs genossen und von dieser Stelle, wie dies sein Briefwechsel mit dem Staatskanzler beweist, auf alle größeren Entscheidungen Einfluß genommen. Hier war sein tägliches Leben mit dem vieler ausgezeichneten Menschen einer damals mitten in der Welt liegenden Stadt und hier starb er, nachdem ihn an der Schwelle des

Greisenalters das Liebesidyll mit der jugendlichen Tänzerin Fanny Elßler noch einmal in einen leichten Lebensrausch versetzt hatte, am 9. Juni 1832, 68 Jahre alt. „Ein sel tener Umfang des ausgezeichneten Talentes“, schrieb nach seinem Tode Metternich an den in Italien weilenden Prokesch, „wahrer Genius ist mit dem Verewigten zu Grabe gegangen. Die Stelle, welche er einnahm, kann nicht ausgefüllt werden.“

Wurden Gentz in Österreich Erfolg, Gunst und Ehre in reicher Maße zuteil und hat man ihm hier auch jederzeit das volle Bürgerrecht zuerkannt, so war die Nachwelt in der Beurteilung dieser Persönlichkeit, in der sich schriftstellerische und staatsmännische Gaben in seltener Weise verbunden, zeitweise zurückhaltender. Die Verfehlung des Metternichschen Systems durch den Liberalismus des späteren 19. Jahrhunderts mußte natürlich der geschichtlichen Figur eines Mannes Abbruch tun, den man als den reaktionären Handlanger seines Meisters hinzustellen versuchte und dessen Charakter man in dieser Absicht schon deshalb zu verdächtigen gezwungen war, als sein geistiges Maß nicht verdunkelt werden konnte. Inzwischen hat nicht nur eine von doktrinären Schlagworten losgelöste Geschichtsschreibung das Urteil über die Bedeutung Metternichs revisiert, man weiß auch heute, daß Gentz weit davon entfernt war, sich an der Seite Metternichs mit der Rolle eines Fa- und Amensagers zu begnügen, daß er dem Staatskanzler oft mit der größten Zähigkeit und selbst auf die Gefahr des Vertrauensverlustes entgegnet und daß er noch dort, wo er mit seinen Ansichten nicht durchzudringen vermochte, häufig eine Milderung der ursprünglichen Absichten Metternichs erreichte. Dies gilt insbesondere für manchen kritischen Augenblick in den deutschen Angelegenheiten, in deren Behandlung Gentz ohne Zweifel Metternich überlegen war. Aber auch in der sonstigen europäischen Politik war es, wie aus den Tagesschriften Prokesch-Ostens hervorgeht, sehr oft Gentz, der sich gegenüber Verwicklungen, die dem Metternichschen Legitimitätsprinzip gefährlich zu werden drohten, allen Plänen einer kriegerischen Intervention auf das Festigste und mit Erfolg widerstellt hat. Der von Metternich allmählich zu einem System entwickelte Gedanke des europäischen Gleichgewichts geht in der Hauptsache auf Gentz zurück, der in seiner schon 1800 erschienenen Abhandlung über den „Ewigen Frieden“ das politische Gleichgewicht zwischen Staaten und Staatengruppen als das beste Mittel zur Vermeidung von Kriegen bezeichnet hat.

Der Bedeutung dieses Mannes in einem kurzen Auffass auch nur annähernd gerecht zu werden, ist unmöglich. Seine zahlreichen politischen, historischen und staatsphilosophischen Schriften, die trotz der zeitlichen Distanz noch immer höchst lebenswert bleiben, sowie sein ausgedehnter Briefwechsel mit bedeutenden Zeitgenossen sichern ihm in der Literatur seinen Platz. Dem lebendigen Andenken an ihn als österreichischen Staatsmann und Wortsführer des deutschen Volkes in den Kämpfen gegen fremde Willkür dient fest, da sich ein Jahrhundert seit seinem Tode vollendet, die Gründung eines Komitees in Wien, dem die Veranstaltung einer Gentz-Ausstellung in den Räumen der österreichischen Nationalbibliothek zu verdanken ist. Gentz ist in dem Wien Schuberts und Agincolas, der Fanny Elßler und der Herzogin von Sagan, des Herzogs von Reichstadt und des jungen Prokesch so sehr geistiger Mittelpunkt gewesen, daß eine Sammlung von Erinnerungen an ihn unwillkürlich einen ganzen Kreis denkwürdiger Gestalten mit ins Licht zieht.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Getreidemarkt der Woche.

Die Berichtswoche brachte am internationalen Getreidemarkt in der Preisgestaltung kaum eine Veränderung. Die Haltung der Überseemärkte war uneinheitlich. Die Aussichten für die überseeerte Ernte liegen jetzt feststehen. Man erwartet, was Weizen anbelangt, nur eine Mittelernte, während Mais besserer Aussichten hat. Von Seiten der europäischen Abnehmer war in der Berichtswoche von höheren Nachfragen wenig zu hören. Es hat den Anschein, als ob die mitteleuropäischen Abnehmerstaaten mit den eigenen und aufgekauften Vorräten bis zur neuen Ernte ausreichend werden. Der europäische Saatenstand hat sich, allgemein gesehen, wesentlich gebessert, und demzufolge dürften die Prognosen für die kommende Ernte günstiger laufen. Die aus Mitteleuropa vorliegenden Meldungen über den Stand der Vegetation besagen, daß der Rückstand in der Entwicklung allgemein aufgeholt werden konnte. Der Winterregen steht durchweg gut und hat überall Übren angezeigt. Bei Winterweizen ist dagegen der Bestand noch verschiedentlich dünn und lückig. Die Sommerarten sind befriedigend aufgelaufen und zeigen zumeist eine kräftige Entwicklung. Der häufig eingetretene Wechsel in Sonne und Regen hatte auch eine starke Verunreinigung zur Folge. Die Bestellung der Haferfrüchte ist im allgemeinen zu Ende geführt. Die Kartoffelstellen sind in den mittel- und osteuropäischen Staaten gut ausgegangen, die Spätkartoffelstellen zeigen gleiche Ansätze. Der Stand der Rüben wird im allgemeinen als zufriedenstellend beurteilt. Die Aussichten für die mitteleuropäische Ernte gelten daher für Roggen als gut, Weizen gut, Hafer und Gerste ebenfalls als gut.

Hamburg notierte für schwimmende Ware für 100 kg. in hfl. folgende Durchschnittspreise: Weizen Manitoba I 6,04, Manitoba II 5,80, Rosafre 5,43, Donaugetreide 5,20, Platagerste 5,20, Roggen 4,80, Platamat 3,68.

Der deutsche Getreidemarkt hatte unter der Kabinettskrise zu leiden und lag in starker Zurückhaltung. Preisverbesserungen verzögerte nur das Termingeschäft. Im Promiparkt ist das Angebot an Inlandsweizen wesentlich kleiner geworden. Die Nachfrage der Mühlen war nicht sonderlich stark, obwohl Weizen aus alter Ernte mittelmäßig angeboten wurde. Weizen aus neuer Ernte wurde dagegen stärker gefragt, war aber weniger angeboten, so daß hierfür die Preise leicht anziehen konnten.

In der Preisgestaltung brachte der einheimische Getreidemarkt keine Veränderungen. Das Angebot war nicht übermäßig stark, da in Landwirtschaftskreisen mit Rückblick auf die Feldarbeiten eine Zufuhr kaum forciert wurde, auf der anderen Seite die Aussicht auf steigende Preise eine gewisse Zurückhaltung auslöste. Zwischen den einzelnen Börsen gab es wesentliche Preisunterschiede. Während Weizen in Warschau mit 32,00 notiert wurde, lag er in Posen bei 30,00, in Lemberg bei 29,00 Bloty. Noch stärker waren die Preisunterschiede für Roggen: Warschau 30,00, Posen 29,00, Lemberg 25,50. Die Ernteaussichten gelten für die Westgebiete Polens als durchaus zufriedenstellend, andere Gebiete hoffen eine bessere Ernte zu erzielen. Nur stellenweise haben die Saaten unter atmosphärischen Störungen gelitten.

Um die Getreideausmahlung. Im polnischen Inneministerium fand dieser Tage eine Sitzung der Hauptkommission zur Untersuchung von Mehl und Backware statt. Nach Entgegennahme des allgemeinen Berichts, sowie der Berichte der Untersuchungsstation usw., befähigte sich die Kommission mit der Frage der Feststellung der Roggenmehlsorten, die im freien Verkehr zugelassen werden sollen. Die Anträge, welche in dieser Angelegenheit angenommen wurden, werden ihren Inhalten in einer entsprechenden Verordnung des polnischen Inneministers finden. Am Schlus der Beratungen wurde einstimmig die Notwendigkeit hergehoben, bei der Station des Prof. J. Iwanisz Probeausmahlungen von Roggenmehl durchzuführen, als Material für die Bearbeitung von Tabellen, die die charakteristischen Merkmale der polnischen Roggenmehlsorten aufzeigen sollen.

Geldmarkt.

Der Wert für einen Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfüzung im „Monitor Polski“ für den 8. Juni auf 5.9244 Bloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 7 1/2% der Lombardzak 8 1/2%.

Der Bloty am 7. Juni. Danzig: Ueberweisung 57 15 bis 57,27, bar 57,15—57,26. Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,00—47,40. Wien: Ueberweisung 79,46—79,94. Brag: Ueberweisung 377,00—379,00. Zürich: Ueberweisung 57,375. London: Ueberweisung 32,87.

Warschauer Börse vom 7. Juni. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,50—124,81—124,19, Belgrad —, Budapest —, Bulaest —, Danzig 174,70, 175,13 — 174,27, Helsingfors —, Spanien —, Holland 361,45, 362,70 — 360,55, Japan — Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 32,90, 33,06 — 32,74, New York 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo —, Paris 35,14, 35,23 — 35,05, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm 169,75, 170,59 — 168,91, Schweiz 174,50, 174,93 — 174,07, Tallin —, Wien —, Italien 45,70, 45,93 — 45,47. Freihandelskurs der Reichsmark 211,25.

Berlin, 7. Juni. Amtliche Devisenkurse. New York 4,209—4,217, London 15,50—15,54, Holland 170,88—171,22, Norwegen 77,27—77,43, Schweden 79,52—79,68, Belgien 58,84—58,86, Italien 21,63—21,67, Frankreich 16,61—16,65, Schweiz 82,41—82,57, Prag 12,465—12,485, Wien 51,95—52,05, Danzig 82,57—82,72, Warschau 47,00—47,40.

Zürcher Börse vom 7. Juni. (Amtlich). Warschau 57,37%, Paris 20,16, London 18,81%, New York 5,10%, Brüssel 71,35, Italien 26,25, Spanien 42,15, Amsterdam 207,10, Berlin 120,95, Stockholm 96,75, Oslo 93,85, Copenhagen 103,00, Sofia 3,70, Prag 15,15, Belgrad 9,05, Ulthen 3,35, Konstantinopel 2,50, Bularest 3,06, Helsingfors 8,70, Buenos Aires 1,19, Japan 1,65.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86 Bl., do. fl. Scheine 8,85 Bl., 1 Pfld. Sterling 32,64 Bl., 100 Schweizer Franken 173,82 Bl., 100 franz. Franken 35,00 Bl., 100 deutsche Mark 208,50 Bl., 100 Danziger Gulden 174,02 Bl., tschech. Krone 26,23 Bl., österr. Schilling — Bl.

Altienmarkt.

Posener Börse vom 7. Juni. Es notierten: 5prozent. Konvert-Anleihe 33 G. (31—32), Obligationen der Stadt Posen aus dem Jahre 1929 92+, 5prozent. Dokumente der Posener Landschaft 56+ (56), Amortis.-Briefe 54 G., 4prozent. Konv.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 26 G. (25), Roggenbriefe der Posener Landschaft 18,50+ (18—13,25). Tendenz fester. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktionsmarkt.

Warschau, 7. Juni. Getreide, Mehl und Futtermittel-Kaufhäuser auf der Getreide- und Warenbörs für 100 kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 30,00—30,25, Weizen 31,50—32,00, Sammelweizen 30,50—31,00, Einheitshafer 25,50—26,50, Sammelhafer 23,50—24,00, Grünkörner 22,00—22,50, Braugerste —, Speisefelderbsen 30,00—33,00, Vittoriaerbse 30,00—34,00, Winterrap 38,00—40,00, Rottfleiß ohne dicke Fleischsteide —, Rottfleiß ohne Fleischsteide bis 97%, gereinigt —, roher Weißfleiß —, roher Weißfleiß bis 97%, gereinigt —, Luxus-Weizenmehl 50,00—55,00, Weizengehl 4,00—5,00, Roggenmehl 45,00—46,00, Roggenkleie 34,00—35,00, grobe Weizentelle 14,50—15,00, mittlere 14,25—14,75, Roggenkleie 15,50—16,00, Leinfuchen 22,00—23,00, Rapsfuchen 17,00 bis 18,00, Sonnenblumenfuchen 18,00—18,50, doppelt gereinigte Seradella 30,00—33,00, blaue Lupinen 14,00—15,00, gelbe 20,50—22,50, Rapsfleiß 26,00—27,00, Wiese 25,00—26,00.

Umfäße 914 to, davon 560 to Roggen. Tendenz ruhig.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelstammer vom 7. Juni. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 27,00—27,75 Bl., Roggen 26,00—26,75 Bl., Maßgerste 26,00—29,50 Bl., Braugerste — Bl., Futterdien — Bl., Vittoriaerbse 22,00—26,00 Bl., Hafer 20,00—21,00 Bl., Fabrikkartoffeln — Bl., Speisefelderbsen — Bl., Kartoffelflocken — Bl., Weizengehl 70%, — Bl., do. 65%, — Bl., Roggenmehl 70%, — Bl., Weizengleie 14,00—15,00 Bl., Roggenkleie 15,50—16,00 Bl. Engrospreise richten Wagon der Aufgabestation.

Die Hilfsmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Die finanziellen Schwierigkeiten, in die die gesamte Landwirtschaft des Landes durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre geraten ist, haben die Regierung zu einer Reihe von Hilfsmaßnahmen veranlaßt, über die im Einzelnen berichtet wurde. Die Regierung begründet ihre Hilfe damit, daß die landwirtschaftliche Krise in der Hauptstadt nicht durch die Schuld der Landwirtschaft entstanden ist, sondern in weltwirtschaftlichen Vorgängen ihren tieferen Grund hat. Der Großhandelspreis für landwirtschaftliche Produkte, die vom Landwirt direkt verkauft werden, war beispielweise im Dezember 1931 50 Prozent geringer, als im Durchschnitt des Jahres 1928. Die Entwicklung der letzten Jahre brachte notgedrungen eine starke Verbilligung der Landwirtschaft mit sich, im Herbst 1931 auf eine Gesamtsumme von 4 002 000 000 Bloty geschätzt wurde. Allein die Verzinsung der Schulden und die Errichtung der Sozial- und öffentlichen Lasten verschlang bei den gegenwärtigen Preisen für landwirtschaftliche Artikel etwa 40 Prozent des Brutto-Einkommens der Landwirtschaft. Für Führung der Landwirtschaft und persönliche Ausgaben des Landwirtes verblieb in 1 Hektar im Durchschnitt nur 65 Bloty, während die tatsächlichen Kosten unverhältnismäßig viel höher sind. Als besonderes Gefahrenmoment kommt noch hinzu, daß von der Gesamtverschuldung des Landes mit kurzfristigen Krediten 25 Prozent allein auf die Landwirtschaft entfallen.

Mit Rücksicht auf diese Tatsachen wurde beim Ministerratspräsidium eine „Sonderauftragmission für Landwirtschaft und persönliche Ausgaben“ gegründet, der Vertreter aller privaten und behördlicher Kreise angehören und die Vorschläge für eine Regierungshilfe für die Landwirtschaft macht.

Die Aussichten für die mitteleuropäische Ernte gelten daher für Roggen als gut, Weizen gut, Hafer und Gerste ebenfalls als gut.

eine Übersicht über die bisher ergriffenen Hilfsmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft

zu geben, sollen nachstehend diejenigen Maßnahmen aufgezählt werden, die bereits durch Verordnungen in Kraft getreten sind.

Die Hilfsaktion der Regierung hat bisher 4 Gebiete umfaßt: 1. Erleichterungen beim Zwangsversteigerungs- und Exekutionswesen, 2. Steuererleichterungen, 3. Erleichterungen auf dem Gebiet der Sozialversicherungen, 4. Krediterleichterungen und 5. Erleichterungen beim Umsatz mit Land.

Zu den

Erleichterungen im Zwangsversteigerungs- und Exekutionswesen

sind zu zählen:

a) 2 Rundschreiben des Justizministers vom 28. Dezember 1931, die Erklärungen zu den Vorschriften über die Minimalkürzung von Grundstücken, Grundstück mit Bestimmung usw. bringen;

b) das Gesetz vom 25. Februar 1932 (Dz. Ust. Nr. 15, Pos. 87), das Vorschriften über den niedrigsten Versteigerungspreis bei der wiederholten Versteigerung einführt und diesen Preis bei beweglichem Eigentum auf 50 Prozent der Schätzungssumme und bei unbeweglichem Eigentum auf 2/3 der Schätzungssumme festsetzt;

c) das Gesetz vom 7. März 1932 über die Erleichterungen bei gerichtlichen Exekutionen gegen Landwirtschaften (Dz. Ust. Nr. 25, Pos. 218), durch das dem Schuldner im Falle einer Zwangsverwaltung die Verwaltung des Gutes belassen wird sonst die Versteigerung, falls eine solche beschlossen wurde, für ein Wirtschaftsjahr aufgeschoben wird;

d) das Gesetz vom 10. März 1932 über die Übernahme der Verwaltungsverfahren durch die Zollbehörden sowie über das Exekutionsverfahren der Steuerbehörden (Dz. Ust. Nr. 22, Pos. 328). Durch dieses Gesetz werden Exekutionen aller Art, die auf Grund rückständiger Geldleistungen vorgenommen werden sollen, in den Händen der Finanzbehörden konzentriert, während sie bisher zum Teil auf dem Verwaltungsweg eingesetzt waren. Außerdem wird der Ministerat durch dieses Gesetz bevollmächtigt, ein einheitliches Exekutionsrecht für die Steuerbehörden zu erlassen.

Auf dem Gebiet der

Erleichterungen für die Zahlung rückständiger Steuern

wurden folgende Vorschriften erlassen:

1. 2 Rundschreiben des Finanzministeriums vom 24. März d. J., durch die bis zu der Zeit des Inkrafttretens entsprechender Gesetzesvorschriften Exekutionen auf Grund rückständiger Steuern aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1931 aufgehoben werden;

2. das Gesetz vom 10. 3. 1932 über die Zahlung von Steuern beständen (Dz. Ust. Nr. 29, Pos. 291), durch das der Finanzminister ermächtigt wird, die in dem Gesetz erwähnten staatlichen Steuern einschließlich der Zusätze aufzufüllen oder zu zerlegen sowie die Steuerverzugsstrafen, die Zinsen für Steueraufschub, Exekutions- und andere Kosten, herabzusetzen oder ganz aufzuhoben. Eine ähnliche Ermächtigung betrifft die selbständigen Kommunalabgaben und die Waldabgabe;

3. als Ausführungsverordnung zu dem obigen Gesetz wurde von dem Finanzminister unter dem Datum vom 15. 3. 1932 eine Verordnung über Ermäßigungen bei der Zahlung von Steuerrückständen bei der Landwirtschaft erlassen (Dz. Ust. Nr. 31, Pos. 319). Diese Verordnung schafft die Zahlung von solchen Steuerrückständen der Landwirtschaft an Staatssteuern einschließlich Zusätzen, die vor dem 1. 10. 1931 entstanden sind, bis zum 15. 8. 1933 auf. Diejenigen Steuerzahler, welche bis zum 31. 12. 1932 Abzahlungen an den aufgeschobenen rückständigen Steuerrückständen vornehmen und gleichzeitig die laufenden Steuern bezahlen, treten in den Genuss von abgestuften Bonifikationen, die in Prozenten je nach dem Termint der vollzogenen Abzahlung berechnet werden. Die Steuerrückstände, die nach dem 1. 10. 1931 bis zum Inkrafttreten der vorstehend erwähnten Verordnung, also dem 14. April d. J., entstanden sind, können durch die Finanzkammern auf Grund individueller Eingaben der Steuerzahler aufgeschoben werden, jedoch nicht länger wie bis zum 1. 10. 1932. Außerdem werden die Finanzkammern in besonderen individuellen Fällen das Recht haben, Steuerrückstände von Landwirten zu streichen, und zwar bis zu einer solchen Summe, wie sie in der Verordnung angegeben ist. Dieselben Erleichterungen beziehen sich auf die selbständigen Kommunalabgaben. Außerdem enthält die Verordnung eine Regelung von Erleichterungen bei der Zahlung von Verzugsstrafen bzw. Zinsen für Steueraufschub und ermäßigt bis zum 15. 8. 1933 die Exekutionskosten, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung entstanden sind.

(Schluß folgt.)

Lebensmittelpreise in Berlin und Warschau.

Einen interessanten Vergleich ermöglicht eine Berechnung der „Widomoci Statystyczne“, die sich auf die Lebensmittelpreise in den Hauptstädten verschiedener Länder bezieht. Wir befragen uns im folgenden auf eine Gegenüberstellung der Preise in Warschau und Berlin für die wichtigsten Nahrungsmittel in Unrechnung auf Bloty; um die Preisunterschiede ziffernmäßig aufzuzeigen:

	Warschau	Berlin
Roggenbrot (1 kg.)	0,46	0,76
Weizenbrot	0,68	1,57
Weizenmehl	0,61	1,14
Reis	1,25	1,10
Kartoffeln	0,13	0,19
Milch (1 Liter)	0,32	0,55
Butter (1 kg.)	4,08	6,46
Rindfleisch	1,43	2,96
Schweinefleisch	1,41	2,73
Speck	1,58	3,47
Zucker	1,68	1,48
Eier	0,12	0,19

Aus diesem Zahlenvergleich ergibt sich, daß, mit Ausnahme von Reis und Zucker, sämtliche Lebensmittel in Warschau ganz bedeutend niedriger im Preise stehen, als in Berlin.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörs vom 7. Juni. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Bloty frei Station Posen.

Transaktionspreise:

Roggen	240 to	28,75